Sozial gerecht.
Ökologisch konsequent.
Unbestechlich.

Neustart für Niedersachsen.

DIE LINKE.

Wahlprogramm zur
Landtagswahl 2017

Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Landtagswahl 2017 in Niedersachsen

beschlossen auf dem Landesparteitag am 20.05.2017 in Braunschweig

Inhalt

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten 6

Vorwort 7

I. Für ein soziales Niedersachsen 10

Gerecht geht anders – soziale Sicherheit für alle 10

Gute Arbeit ist unbefristet, tariflich entlohnt und mitbestimmt.... 11

Gesundheit und Pflege 13

Drogenkonsum entkriminalisieren..... 15

Wohnen ist ein Menschenrecht..... 17

Barrierefreies Niedersachsen – selbstbestimmte Behindertenpolitik..... 18

Sichere Renten für alle..... 20

Für ein jugendfreundliches Niedersachsen 21

Kultur von allen für alle 22

Sport: Dabei sein können ist für alle wichtig..... 23

II. Für ein gerechtes Niedersachsen 25

Geschlechtergerechtigkeit geht anders: Politik für Frauen und Männer..... 25

Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt..... 26

Ländlicher Raum – Entfaltung und lebendige Dörfer statt Armut und Verödung..... 27

Gerechtigkeit: Vor und nach Gerichtsurteilen 28

Öffentliche Aufgaben müssen ausreichend finanziert werden..... 30

III. Für ein gebildetes Niedersachsen 32

Recht auf Bildung ist ein Menschenrecht – frei zugänglich, ein Leben lang..... 32

Kita – auf den Anfang kommt es an .. 33

Schule – länger gemeinsam lernen unter besseren Bedingungen 34

Ausbildung – alle brauchen einen Platz..... 36

Hochschulen – ausfinanziert, demokratisch und arbeitnehmer*innenfreundlich 37

Studium – Bildung mündiger Menschen ohne soziale Hürden 38

IV. Für ein demokratisches Niedersachsen 39

Mehr Demokratie wagen..... 39

Finanzieller Zwang schränkt Demokratie ein 40

Privatisierung ist Raub öffentlichen Eigentums 42

Sicherheit ohne Überwachungsstaat..... 44

V. Für ein friedliches und weltoffenes Niedersachsen 45

Wir sind ALLE hier zu Hause!..... 45

Asyl ist ein Menschenrecht..... 46

Antifaschismus – gemeinsam für Verbesserung statt Spaltung von rechts..... 49

Europa 50

Der Frieden als A und O unseres Wirkens 52

Niedersachsen als Friedensstifterin .. 53

Rüstungskonversion hin zu sinnvoller Arbeit 53

Bildung, Kultur und Wissenschaft für den Frieden 54

VI. Für ein ökologisches Niedersachsen 55

Die Energiewende beginnt vor Ort 55

Den unverzüglichen Atomausstieg realisieren 58

Verkehrspolitik: Mobilität für alle – unverzichtbar für soziale Gerechtigkeit 60

Soziale und ökologisch orientierte Landwirtschaft stärken 63

Niedersachsen – im Einklang mit der Natur: Schutz vor umwelt- und gesundheitsgefährdenden Stoffen aus Industrie, Verkehr und Landwirtschaft 66

Stichwortverzeichnis 70

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten

Herbert Behrens (Listenplatz 4), Anja Stoeck (1), Hans-Henning Adler (2), Ursula Weisser-Roelle (3)

1. **Anja Stoeck**, 51 Jahre, Physiotherapeutin, Winsen (Luhe)
2. **Hans-Henning Adler**, 67 Jahre, Rechtsanwalt, Oldenburg
3. **Ursula Weisser-Roelle**, 65 Jahre, Rentnerin, Braunschweig
4. **Herbert Behrens**, 63 Jahre, Gewerkschaftssekretär, Osterholz-Scharmbeck
5. **Behiye Uca**, 46 Jahre, Verkäuferin, Celle
6. **Lars Leopold**, 39 Jahre, Kaufmann in Groß- und Einzelhandel, Eime
7. **Heidi Reichinnek**, 29 Jahre, Projektkoordinatorin, Osnabrück
8. **Andreas Brändle**, 63 Jahre, Diplom Volkswirt, Hannover
9. **Edith Belz**, 55 Jahre, E-Learning-Autorin, Delmenhorst
10. **Christoph Podstawa**, 35 Jahre, Diplom Pädagoge, Lüneburg
11. **Tayabeh-Parwaneh Bokah Tamejani**, 59 Jahre, Sozialwissenschaftlerin, Hannover
12. **Matthias Wiedenlübbert**, 50 Jahre, Busfahrer, Trebel
13. **Kathrin Otte**, 56 Jahre, selbständige Personalberaterin, Amelinghausen
14. **Thomas Bartsch**, 57 Jahre, Metallflugzeugbauer, Nordenham
15. **Nadije Memedi**, 35 Jahre, Dozentin/VHS, Wingst
16. **Viktor Neufeld**, 18 Jahre, Bundesfreiwilligendienstleistender, Wahrenholz
17. **Agnes Hasenjäger**, 67 Jahre, Rentnerin, Hannover
18. **Hartmut Ukena**, 68 Jahre, Diplom Sozialpädagoge, Emden
19. **Evelyne Engelhardt-Mayer**, 60 Jahre, Diplom Sozialpädagogin, Neuschoo
20. **Torben Franz**, 23 Jahre, Sozialassistent, Nienburg
21. **Bettina Kubiak**, 46 Jahre, Reinigungskraft, Weener

Vorwort

DIE LINKE steht konsequent für die Würde aller Menschen und ein gutes Leben.

Wir wollen uns gemeinsam mit Ihnen für ein Niedersachsen engagieren, in dem

- Arbeit sinnstiftend, gut entlohnt und unbefristet ist,
- gute und tarifliche Löhne für gute Arbeit bezahlt werden,
- gesellschaftlicher Fortschritt der Arbeitszeitverkürzung und Rente dient,
- Solidarität selbstverständlich ist und niemand vor Armut Angst haben muss,
- wir im Fall der Erwerbslosigkeit in gesicherten und auskömmlichen Lebensverhältnissen leben können,
- gute Pflege sowie die ambulante und stationäre Krankenversorgung unabhängig vom Einkommen gesichert ist,
- Bildung kostenfrei zugänglich ist und allen ermöglicht, sich voll zu entfalten,
- Mobilität durch Nahverkehr zu einem Grundrecht wird, egal ob in der Stadt oder auf dem Land, und bezahlbarer öffentlicher Personennahverkehr zur Verfügung steht,
- wir unsere Umwelt genießen können und sie für unsere Kinder nachhaltig erhalten,
- Strom sozial, regional und umweltfreundlich produziert wird,
- die Energieversorgung mit Sozialtarifen für alle zur Verfügung steht,
- kein Ausverkauf landespolitischer/staatlicher Aufgaben zugunsten privater Investoren stattfindet,
- alle Menschen bezahlbar und komfortabel wohnen können,
- Sport, Kunst und Kultur kostengünstig flächendeckend gefördert werden,
- Mitbestimmung in der Politik für alle überall zum Alltag wird.

Wir wollen in Frieden leben können und in der Gewissheit, dass Kriege sowie das Geschäft mit dem Krieg geächtet sind und Kriegswaffen nicht in andere Länder exportiert werden.

Wir stellen fest: Von diesen Zielen sind wir in Niedersachsen noch weit entfernt.

Trotz wachsenden Reichtums steigt die Kinder- und Altersarmut, und die prekären und befristeten Arbeitsverhältnisse nehmen zu. Besonders ausgebeutete Frauen und Alleinerziehende sind auf Sozialleistungen angewiesen, weil die Löhne nicht reichen. Der Wohnraum wird Miet-Haien überlassen, die Folge: Mieten in Ballungsräumen explodieren und sozialer Wohnraum fehlt. Die Krankenhäuser sind unterfinanziert und sparen daher an den Beschäftigten und an der Versorgung der Patient*innen. Die Landesregierung öffnet der Vergif-

tung der Böden Tür und Tor durch das von den Energiekonzernen betriebene Fracking.

Die Schere zwischen Arm und Reich geht in den letzten Jahren immer weiter auseinander. Unermesslicher Reichtum in der Hand weniger wurde nicht mal bundesweit durch eine Vermögensteuer begrenzt. Kriegsforschung ist an unseren Hochschulen immer noch nicht verboten.

Niedersachsen spart zudem an Bildung, mit entsprechenden Nebenwirkungen: Unterrichtsausfall, marode Schulen, zu große Klassen, überfüllte Hörsäle und eine völlig unzureichende Zahl an speziell ausgebildeten Lehrkräften zur Gewährleistung einer echten Inklusion.

Wir treten für einen Politikwechsel in Niedersachsen ein und machen Druck. SPD und Grüne haben die bestehenden Verhältnisse zu Gunsten von Großkonzernen, Millionären und Spekulanten verschlechtert.

Die Mitglieder der LINKEN sind engagiert in der Friedensbewegung, in Gewerkschaften, Umweltverbänden, freiwilligen Feuerwehren und anderen Ehrenämtern, sozialen Initiativen und Frauenorganisationen. Immer mehr Mitglieder dieser Partei sind in Kommunalparlamente in Niedersachsen gewählt worden. Sie alle kennen das Land, seine Schönheiten, aber auch seine Probleme. Sie lassen sich von ihrer grundlegenden Haltung nicht abbringen: soziale Gerechtigkeit, Solidarität, mehr Demokratie, Verteidigung unserer Freiheiten, Frieden und Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen bleiben die Ziele, ohne Wenn und Aber.

Wir zeigen denen die rote Karte, die meinen, Hass und Fremdenfeindlichkeit böten Lösungen auf die gegenwärtige Krise. Allen, die meinen, dass Entsolidarisierung ihre Probleme lösen kann, sagen wir, dass sie im Ergebnis das Gegenteil von dem erreichen werden, was sie sich erhoffen.

Seit ihrer Gründung hat DIE LINKE. Niedersachsen bewiesen, dass sie solidarisch an der Seite der lohnabhängig Beschäftigten, der Erwerbslosen, der Rentner*innen, der Lernenden, Auszubildenden und Studierenden und insbesondere an der Seite jener steht, die von den anderen Parteien seit Jahren ins soziale Abseits gedrängt werden. Für uns ist Politik kein Mittel zum Zweck, sondern Leidenschaft für ein soziales, gerechtes, gebildetes, ökologisches, demokratisches und weltoffenes Niedersachsen.

Wir wollen mit Ihrer Unterstützung als starke soziale und gesellschaftliche Opposition in den Niedersächsischen Landtag einziehen. Wir wollen Druck für einen wirklichen Politikwechsel machen, denn die derzeitige Landesregierung verwaltet nur die Missstände und verweigert sich den dringend notwendigen Investitionen in die soziale Infrastruktur.

Eine Regierungsbeteiligung schließen wir nicht grundsätzlich aus. Wir sagen aber deutlich: Bedingung hierfür ist, dass SPD und Grüne eine grundlegende Korrektur ihrer Politik vornehmen und endlich mit dem Geist der Agenda 2010 brechen. Mit der LINKEN wird es definitiv keinen Stellenabbau, keinen Sozialabbau, keine Privatisierungen und keine Geschäfte mit dem Krieg geben.

Wir sind und werden nicht wie jene Parteien, die sich devot den Wünschen der Wirtschaftsmächtigen unterwerfen und gerade deshalb kaum noch voneinander unterscheidbar sind.

Wir verfolgen ein konkretes Ziel: Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der kein Kind in Armut aufwachsen muss, in der alle Menschen selbstbestimmt in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können. Um dies zu erreichen, brauchen wir ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem: den demokratischen Sozialismus.

Für uns wird immer der Gedanke leitend sein: **Wir – DIE LINKE – wollen mit unserer Politik Hoffnung machen auf eine andere Gesellschaft, in der Politik und Wirtschaft nicht mehr von den Interessen der Banken, Konzerne und Superreichen dominiert sind sondern von den Bedürfnissen und Lebensinteressen der Mehrheit der Gesellschaft.**

I. Für ein soziales Niedersachsen

Gerecht geht anders – soziale Sicherheit für alle

DIE LINKE streitet für eine Gesellschaft, die jedem Menschen ein Leben in Freiheit und sozialer Sicherheit ermöglicht. Für uns ist das wichtigste Ziel guter Sozialpolitik, dass alle Menschen frei von Armut leben und selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. DIE LINKE will den niedersächsischen Armutskreislauf aufbrechen. Voraussetzung dafür sind tariflich gut bezahlte und unbefristete Arbeitsplätze, das Verbot von Leiharbeit und Werkverträgen sowie der gezielte Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigung. Die Tarifbindung ist dabei unser Maßstab für gute Arbeit.

Im Bundesrat muss das Land aktiv werden: für eine Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro, die Ersetzung von Hartz IV durch eine Mindestsicherung auf existenzsicherndem Niveau, die Wiederherstellung der alten Rentenformel und die Wiederanhebung des Rentenniveaus auf über 70 Prozent.

In den vergangenen fünf Jahren haben sich die sozialen Gegensätze in Niedersachsen auch unter der SPD-Grünen-Regierung nicht verbessert, im Gegenteil. Das belegt die wachsende Zahl an Hilfesuchenden bei den zurzeit unverzichtbaren Anlaufpunkten der Tafeln, Suppenküchen und Kleiderkammern, die von vielen Ehrenamtlichen mit großem wertzuschätzendem Aufwand betrieben werden. Die derzeitige Landesregierung trägt eine Mitverantwortung dafür, dass Armut, vor allem Kinderarmut, immer sichtbarer und immer mehr zur Normalität in Niedersachsen geworden ist.

Es braucht eine starke LINKE im niedersächsischen Landtag, damit es eine parlamentarische Stimme gibt, die sich an die Seite derjenigen stellt, die armutsgefährdet oder von Armut betroffen sind. Wir wollen Hartz IV durch eine Sozialpolitik ersetzen, die soziale Sicherheit und nicht Verunsicherung schafft. DIE LINKE beruft sich auf das Hartz-IV-Urteil vom 9. Februar 2010, in dem das Bundesverfassungsgericht festgestellt hat, dass alle anderen Parteien außer der LINKEN mit ihrer Hartz-IV-Politik gegen die Menschenwürde verstoßen haben.

In den kommenden fünf Jahren will DIE LINKE im Niedersächsischen Landtag daher folgende Initiativen ergreifen:

- Wir werden nach dem Vorbild einzelner Kommunen eine „Niedersachsencard“ für alle Menschen einführen, die weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen Monatseinkommens zur Verfügung haben. Mit ihr soll der diskriminierungsfreie Zugang zu Museen, kulturellen Einrichtungen oder die aktive Mitgliedschaft in Sportvereinen genauso möglich sein wie Vergünstigungen im Nahverkehr, bei Strompreisen oder anderen Sozialtarifen.

- Niedersachsen wird eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung von Hartz IV erarbeiten. Wir setzen uns ein für eine sanktionsfreie Mindestsicherung, die das vom Bundesverfassungsgericht an-

erkannte Recht auf menschenwürdige Existenz und gesellschaftliche Teilhabe gewährleistet. Die tatsächlichen Kosten für Unterkunft müssen übernommen werden, um Zwangsumzüge zu verhindern.

■ Eine Landeskoordinierungsstelle für Arbeitsloseninitiativen soll aus Mitteln des Landes eingerichtet und gefördert werden.

■ Das Land sichert die Finanzierung von unabhängiger Sozialberatung in den Arbeitslosenzentren vor Ort mit zusätzlichen Mitteln ab.

■ Jede Person soll ein gebührenfreies Girokonto erhalten.

■ Niedersachsen wird einen eigenen öffentlichen Beschäftigungssektor mit Tariflohn und Sozialversicherungspflicht aufbauen, um Langzeitarbeitslose wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

■ Darüber hinaus will DIE LINKE Stellen im öffentlichen Dienst spürbar ausbauen.

Gute Arbeit ist unbefristet, tariflich entlohnt und mitbestimmt

Die Arbeitswelt hat sich in den letzten Jahren massiv verändert: Klassische Erwerbsbiografien, bei denen man sein ganzes Berufsleben an ein und demselben Arbeitsplatz verbracht hat, sind schon lange nicht mehr die Regel. Durch die Politik von SPD, Grünen, CDU/CSU und FDP wurden viele Beschäftigte in die schlecht bezahlte und ungesicherte Leiharbeit, in die Werkvertragsarbeit, Mini- oder Midi-Jobs, in die Teilzeit- oder Projektarbeit abgedrängt. Dabei wird der derzeit bestehende viel zu niedrige Mindestlohn oft umgangen. Diese Spaltung des Arbeitsmarktes hat auch die so genannten Normalarbeitsverhältnisse unter Druck gesetzt und die Arbeitsbedingungen von vielen Beschäftigten verschlechtert. Der Stress hat zugenommen, Löhne wurden gekürzt, Sonderzahlungen gestrichen. Viele Beschäftigte haben Angst – davor, ihren Arbeitsplatz zu verlieren und davor, mit den niedrigeren Löhnen in der Altersarmut zu landen.

Die Arbeitswelt steht vor gewaltigen Strukturveränderungen. Die fortschreitende Technologisierung und Digitalisierung der Arbeit entwickeln sich rasant, und viele Arbeitsplätze werden durch moderne Maschinen und Roboter ersetzt. Diesen Veränderungen wollen wir mit Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich begegnen. Und wir wollen im Land Niedersachsen neue Arbeitsbereiche erschließen und ausbauen, die gesellschaftlich notwendig sind und den sozialen Zusammenhalt fördern. Linke Politik muss sich zudem mit aller Kraft dafür einsetzen, dass die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt nicht zu Nachteilen für die Arbeitnehmer*innen führen.

Unser Leitbild für Niedersachsen heißt: Arbeitslosigkeit bekämpfen, unbefristete und sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze bei gleichem Lohn für gleiche Arbeit und Schluss damit, dass Frauen immer noch weniger verdienen als Männer. Wir fordern gute Ausbildung und eine existenzsichernde Vergütung für Auszubildende, mehr Mitbestimmung, besseren Gesundheits-

schutz sowie Arbeitszeitverkürzung ohne Nachteile für die Beschäftigten. Nur tarifgebundene Löhne schützen vor Altersarmut.

Dafür und für die folgenden Initiativen werden wir, DIE LINKE, uns im Landtag einsetzen:

■ Niedersachsen soll ein eigenes Mindestlohngesetz mit einer Lohnuntergrenze von 12Euro bekommen. Diese Lohnuntergrenze soll jedes Jahr an die allgemeine Lohnentwicklung angepasst werden.

■ Das Land soll Vorbild für den Umgang mit Arbeitszeit werden. Wir bleiben dabei: Wir wollen zunächst die Einführung der 35 Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Prekäre Teilzeitarbeit unter 19 Stunden darf es nicht mehr geben.

■ Die niedersächsische Landesregierung soll sich für ein Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit einsetzen.

■ Unternehmen, die einen öffentlichen Auftrag erhalten, müssen darlegen, wie sie die Chancengleichheit von Frauen und Männern im Beruf fördern.

■ Gewerkschaftliche und gesellschaftliche Initiativen gegen die schleichende Ausweitung der Sonntagsarbeit in Niedersachsen sollen stärker unterstützt werden. Wir setzen uns deshalb für ein Ladenöffnungszeitengesetz ein, welches die verkaufsoffenen Sonn- und Feiertage im Jahr auf maximal 4 Tage pro Jahr und Gemeinde beschränkt.

■ Der öffentliche Dienst darf nicht weiter ausgehungert werden. Wir wollen Neueinstellungen vor allem in den Bildungs-, Sozial- und Kulturbereichen, aber auch im Bereich der Steuerprüfung. Die Finanzkontrolle Schwarzarbeit, die für die Überwachung des Mindestlohnes zuständig ist, muss dringend personell aufgestockt werden, genauso wie die Gewerbeaufsichtsämter.

■ Auszubildenden im öffentlichen Dienst soll eine existenzsichernde Vergütung gezahlt werden, nach bestandener Prüfung sind sie unbefristet zu übernehmen.

■ Das Land soll darauf verzichten, Beschäftigte sachgrundlos zu befristen.

■ Niedersachsen soll ein Gesetz für die Errichtung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors beschließen. Hier können Langzeitarbeitslose zum Beispiel bei Kommunen und Wohlfahrtsverbänden zu regulären, tariflichen Bedingungen beschäftigt werden.

■ Wirtschaftsförderung soll nach einem verbindlichen Kriterienkatalog erfolgen. Es dürfen nur solche Unternehmen Fördermittel erhalten, die sich an den jeweiligen Branchentarifvertrag halten (mindestens jedoch den Mindestlohn zahlen) und die Mitbestimmung im Betrieb sowie die Umwandlung von Werkvertrags- und Leiharbeitsverhältnissen in unbefristete Arbeitsverhältnisse vorsehen. Kleine und mittlere Unternehmen sind stärker zu berücksichtigen. Innovative Start-ups werden mit günstigen Mikro- und Minikrediten finanziert.

■ Aufsichtsratsmitglieder, die über Landesanteile in Aufsichtsräte entsandt werden, sollen darauf hinwirken, dass

Managergehälter in den jeweiligen Unternehmen nicht mehr als das Zwanzigfache des niedrigsten in der Firma gezahlten Entgeltes betragen.

■ Die industriellen Kerne Niedersachsens sollen auch in Zukunft erhalten bleiben. Dazu sollen vor allem bei kleinen und mittleren Betrieben technologische Entwicklungen gefördert werden. In der Perspektive wollen wir, dass alle großen Betriebe gesetzliche Regelungen analog dem VW-Gesetz erhalten, die den Betriebs- und Personalräten größere Rechte einräumen und insbesondere Betriebsverlagerungen oder -schließungen gegen den Willen der Belegschaft unmöglich machen.

■ DIE LINKE wird den Landesanteil an VW gegen Angriffe verteidigen. Das Land Niedersachsen muss endlich seinen Einfluss im Aufsichtsrat gemeinsam mit den Arbeitnehmervertreter*innen nutzen, um im Interesse des Gemeinwohls und der Beschäftigten stärker auf die Konzernausrichtung Einfluss zu nehmen. Wir setzen auf Wirtschaftsdemokratie statt auf die Herrschaft der Großaktionäre Porsche/Piëch. Eine starke Landesbeteiligung ist eine Garantie dafür, dass einzelne Standorte und die Gewerbesteuerzahlungen an die Kommunen nicht dem Renditewahn der Mehrheitseigner zum Opfer fallen.

■ DIE LINKE wird sich aktiv dafür einsetzen, dass bei VW nicht wie geplant die Beschäftigten, sondern die tatsächlichen Verursacher und Profiteure des Abgasbetrugs für die Strafzahlungen und den bevorstehenden Konzernumbau aufkommen müssen.

Viele arbeitsrechtliche und sozialpolitische Fragen und Probleme lassen sich gesetzlich nur auf Bundesebene lösen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Land Niedersachsen im Bundesrat entsprechende Gesetze einbringt oder unterstützt:

■ Wir wollen zunächst die Einführung der 35-Stunden-Woche für entlohnte Arbeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich und in der Perspektive die Verkürzung der Arbeitszeit auf kurze Vollzeit mit weniger als 30 Stunden in der Woche.

■ Wir treten für ein gesetzliches Verbot von Leiharbeit und gegen den Missbrauch von Minijobs, Werkverträgen und Praktika ein. Jede Beschäftigung muss ab dem ersten Euro sozialversicherungspflichtig sein.

Gesundheit und Pflege

DIE LINKE steht für eine Gesundheitspolitik auf der Höhe der medizinischen Wissenschaft, die den Menschen als soziales Wesen und im Verhältnis der gesellschaftlichen Reproduktion begreift. Wir setzen uns daher für medizinische Versorgung und soziale Verhältnisse ein, die sich nicht am privaten Profit, sondern am Bedarf der Menschen nach einem gesunden und guten Leben orientieren.

Eine Gesellschaft, in der Arbeit das Mittel zum Zweck ist, privaten Unternehmen einen maximalen Profit zu erwirtschaften, macht krank. Denn Lohnarbeit ist nicht entsprechend dem Bedarf der Menschen nach qualitativen Gütern und einem guten Leben organisiert. Stattdessen ist der Arbeitsalltag

dem Interesse untergeordnet, aus möglichst langer, intensiver und billiger Arbeit so viel Gewinn wie möglich herauszupressen.

Umwelt- und Arbeitsbedingungen in dieser kapitalistischen Gesellschaft machen die Menschen krank, organisch durch Giftstoffe in der Umwelt und in Lebensmitteln, seelisch durch zunehmenden Stress.
In der heutigen Gesellschaft werden Menschen als bloße Manövriermasse des Profitinteresses genutzt. Das Gesundheitssystem soll sie zu Gunsten der Produktivität wieder fit für den nächsten Einsatz machen. Der Medizinbetrieb muss durch eine Politik ergänzt werden, welche dieses System als wesentliche Ursache von physischen und psychischen Krankheiten benennt und dem entgegensteuert. Dazu sind umfangreiche Präventionsprogramme aufzulegen, die Krankheit verhindern, statt eine ständig wachsende Zahl chronisch Kranker und Ausgesteuerter für den Biotech- und Pharmamarkt zuzulassen.

Die Regierungen der vergangenen Jahrzehnte haben es nicht nur versäumt, Arbeit so zu organisieren, dass sie nicht flächendeckend auf Verschleiß und Armut hinausläuft. Sie haben bewusst einen gesellschaftlichen Konkurrenz- und Niedriglohnbetrieb in Gang gesetzt.
Und sie haben den dazugehörigen Gesundheitssektor noch selbst und in all seinen Bereichen, von der Geräte- und Pharmaindustrie über die Krankenhäuser bis hin zu den Altenpflegeeinrichtungen zu einem milliardenschweren Geschäftsfeld umgebaut.

Ein besonders trauriges Ergebnis profitorientierter Gesundheitspolitik sind die seit langem bekannten und andauernden „Missstände in der Altenpflege“. Die Wehrlosigkeit vieler Menschen mit Pflegebedarf und die weitverbreitete Mittellosigkeit, gerade im Alter, sorgen regelmäßig für unhaltbare Zustände und machen Schlagzeilen, wo die Pflege als Geldmaschine benutzt wird.

Wir, DIE LINKE, setzen uns ein:

- für Krankenhäuser in öffentlicher Verantwortung mit bedarfsorientiertem Versorgungsansatz.

- für einen Landesgesundheitsplan mit konkret überprüfbaren Zielen.

- gegen Krankenhausschließungen. Es muss eine vernünftige Versorgung gewährleistet werden. Die patientennahe stationäre Versorgung muss gesichert werden.

- für die Verhinderung von Privatisierungen und die Rekommunalisierung bereits privater Standorte.

- für eine Abschaffung des nur auf die Kasse und nicht auf angemessene Versorgung orientierten Systems der Fallpauschalen. Es zwingt zu Rationalisierung und Gewinnoptimierung auf dem Rücken der Beschäftigten und Patient*innen.

- für Personalschlüssel in Krankenhäusern und Altenpflegeeinrichtungen, die nach dem tatsächlichen Bedarf und nicht nur nach betriebswirtschaftlichen Kennziffern erstellt werden.

- für ein Landesprogramm „Medizinische Versorgung im ländlichen Raum“, denn die flächendeckende und wohn-

ortnahe Gesundheitsversorgung in Niedersachsen ist akut gefährdet.

■ für eine menschenwürdige Altenpflege. Die Politik muss den Menschen durch ein grundlegendes Umdenken und umfassende Maßnahmen die Angst nehmen, von Pflege abhängig zu sein. Die Pflege muss sich am konkreten Bedarf der Menschen ausrichten. Die Pflegeberufe müssen aufgewertet und durch gute tarifliche Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen wieder attraktiver gemacht werden.

■ für eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel der Abschaffung der Zwei-Klassen-Medizin und damit der privaten Krankenversicherung als Vollversicherung. Wir wollen „Eine für Alle“! Das heißt die Solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung, in welcher alle in Deutschland lebenden Menschen Mitglied sind, auch Politiker*innen, Selbstständige sowie Beamt*innen. Sie alle erhalten im Krankheits- und Pflegefall die bestmögliche Versorgung. Der Beitrag richtet sich nach dem individuellen Einkommen; und zur Berechnung werden alle Einkommensarten herangezogen, inklusive Kapitalerträge und Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung. Das bedeutet sinkende Beiträge für die Mehrheit der Menschen.

■ für die ambulante ärztliche Versorgung im ländlichen Raum durch die Schaffung ausreichender finanzieller Anreize.

■ für die Übernahme der Kosten für die Haftpflichtversicherung von Hebammen zu 80 % durch das Land Niedersachsen, um damit wieder Anreize zu schaffen, als Hebamme zu arbeiten.

■ für Lebens- und Arbeitsverhältnisse, die den Menschen nicht verschleißen und krank machen, sondern seine gute Versorgung selbst zum Zweck haben.

■ für eine obligatorische Gesundheitsverträglichkeitsprüfung bei der Planung neuer Industriebetriebe und vor der Einführung neuer Technologien.

■ für eine objektive Ursachenforschung bei Krankheitsentstehungsprozessen, die Umweltbelastungen stark einbezieht.

■ für eine Politik der „Gesundheit in allen Politikbereichen“.

■ für einen Schwerpunkt auf Prävention statt auf einem Gesundheitsreparaturbetrieb.

■ für eine ausreichende Zahl von Medizinstudienplätzen.

■ für schärfere Auflagen bei Infektionsschutz und Krankenhaushygiene durch das Gesundheitsamt.

■ für die Wiedereingliederung/Rückkehr von ausgelagerten Diensten (Reinigung, Küche, Labor) in die öffentlichen Kliniken.

Drogenkonsum entkriminalisieren

Die Unterscheidung zwischen „legalen“ und „illegalen“ Drogen sagt nichts über deren Gefährlichkeit aus. Eine große Anfrage der LINKEN im Landtag zur „Cannabispolitik in Niedersachsen“ von 2010 hat zum Beispiel zu der Erkenntnis geführt, dass bundesweit die Anzahl der Todesfälle durch „legale“ Drogen wie Alkohol und Tabak wesentlich hö-

her ist als die durch „illegale“ Drogen – wobei Todesfälle durch den Konsum von Cannabis gar nicht zu verzeichnen sind (Zeitraum: 2007). Einige „illegale“ Drogen erweisen sich als weniger lebensbedrohlich als die „legalen“ Drogen wie Alkohol und Tabak.

Die Verbreitung und den Konsum von Suchtmitteln so niedrig wie möglich zu halten, ist für DIE LINKE ein gesellschaftspolitisches Ziel. Eine repressive Verbotspolitik führt aber dazu, den Gebrauch von illegalisierten Drogen umfassend zu kriminalisieren. Die Konsumierenden werden stigmatisiert und nach Möglichkeit aus dem öffentlichen Raum verbannt. Damit werden aber keine Ursachen von Sucht bekämpft. Notwendig ist sachliche und nachvollziehbare Aufklärung über die Risiken und Wirkungen von Drogen, die Stärkung von Selbstverantwortung im Umgang mit Drogen als präventive Strategie, die nur ohne Kriminalisierung gelingen kann.

Eine „akzeptierende Drogenpolitik“ bedeutet die Entkriminalisierung der „weichen“ illegalen Drogen. Weiche und harte Drogen sollen getrennt werden, und es soll, wie in den Niederlanden, verhindert werden, dass Drogenkonsument*innen in den Schwarzmarkt einsteigen müssen, um an Cannabis zu kommen.

Als LINKE wollen wir eine Entkriminalisierung von Drogen und gleichzeitig eine enge Verbindung von Suchtprävention – auch bei so genannten legalen Drogen –, ausstiegsorientierten und konsumakzeptierenden Hilfen (z. B. Drug Checking), Drogensubstitution und Gesundheitshilfen für Drogenkranke. Wir fordern Beratung und Hilfe für Betroffene und ihre Familien. Perspektivisch setzt sich DIE LINKE für eine Regulierung des Drogenmarktes ein.

DIE LINKE fordert:

- eine Ausweitung aufklärender, präventiver und therapeutischer Einrichtungen.

- eine differenzierte Aufklärungskampagne über die Wirkungsweise von Rausch- und Genussmitteln und mögliche gesundheitliche Gefährdungen. Alkohol und Medikamente müssen dabei als weit verbreitete Drogen einbezogen werden.

- Druckräume mit hygienischen Bedingungen für Abhängige harter Drogen und ihre Anbindung an Betreuungsangebote.

- Einrichtungen zur Selbsthilfe, Rechts- und Sozialberatung sowie Hilfe zur Reintegration in Beruf oder Ausbildung.

- Regelversorgung mit Diamorphin (synthetisch hergestelltes Heroin) bei der Behandlung so genannter Schwerstabhängiger unter ärztlicher Kontrolle

- ausreichende und bedarfsorientierte psychosoziale Begleitung und Betreuung von Rauschmittelabhängigen, die sich freiwillig einer Entzugsbehandlung unterziehen.

- die Relegalisierung von weichen Drogen wie Cannabis. Auf Landesebene wollen wir als ersten Schritt ein Modellprojekt starten, das die Abgabe von Cannabis an Erwachsene erforscht. Ein

solches Modellprojekt, das Schleswig-Holstein 1997 beantragt hatte, ist am Veto des damaligen CSU-Bundesgesundheitsministers gescheitert.

■ die Entkriminalisierung von einfachem Drogengebrauch.

■ bundeseinheitliche, wissenschaftlich abgesicherte Grenzwerte im Straßenverkehr nach kanadischem Vorbild.

■ die Verwendung der Mittel, die durch die Verringerung der Strafverfahren wegen einfachen Drogengebrauchs freigesetzt werden, für präventive und reintegrative Maßnahmen.

Wohnen ist ein Menschenrecht

Wohnen für alle und nicht Profite für wenige – für eine alternative Wohnungs- und Mieterpolitik in Niedersachsen

DIE LINKE fordert eine Umorientierung der Wohnungspolitik hin zu einer Ausrichtung an den realen Bedürfnissen der Menschen. Wohnen ist soziales Grundrecht. Deshalb müssen Wohnungen und dazugehörige Mieten dem kapitalistischen Verwertungsinteresse entzogen werden.

DIE LINKE strebt ein Niedersachsen an, in dem für alle Menschen hinreichend Wohnraum zur Verfügung steht und Menschen auf Grund ihrer sozialen Lage nicht aus ihren Wohnungen verdrängt werden können.

Wohnen ist ein existenzielles Grundrecht. Daher können Wohnungen nicht wie andere Waren auf dem Markt frei gehandelt werden. Nach Artikel 6 a der Niedersächsischen Landesverfassung soll das Land seine Bevölkerung mit angemessenem Wohnraum versorgen. Beim Durchsetzen dieses Menschenrechts haben die bisherigen Landesregierungen versagt.

Der Bedarf an günstigem Wohnraum nimmt gerade in den Ballungszentren Niedersachsens weiter zu. Unter der jetzigen Regierung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen hat sich der Rückzug aus dem sozialen Wohnungsbau fortgesetzt. In den fünf Jahren ihrer Regierung haben sie bis heute kein eigenes Wohnungsbauprogramm zur Schaffung günstigen Wohnraumes aufgelegt. Sie haben nur Bundesmittel weitergereicht.

Geringverdiener*innen und Leistungsbezieher*innen werden aus den Städten und aus den „Speckgürteln“ der größeren Städte verdrängt Es fehlen vor allem barrierefreie Wohnungen für Menschen mit Behinderungen und für Senior*innen, Großwohnungen für kinderreiche Familien und Kleinwohnungen für allein Lebende.

DIE LINKE will folgende Maßnahmen für eine soziale Wohnungspolitik:

■ ökologischer und sozialer Wohnungsbau des Landes gegen die Knappheit von Wohnraum. Besonders wichtig beim staatlichen Wohnungsbau sind Barrierefreiheit, gesundes Bauen und gute Dämmung.

■ Es muss ein neuer, nicht profitorientierter Sektor der Wohnungswirtschaft geschaffen werden. Wohnbaugesellschaften des Landes und der Kommunen sollen hier Vorreiterinnen sein.

Kommunen, vorrangig mit gültiger Mietpreisbremse, sollen dafür Landesmittel erhalten, und Kommunen, die auf öffentlichen sozialen Wohnungsbau setzen, sind besonders zu stärken.

■ Die Kommunen sollen die Preise von Immobilien begrenzen können. Wohnraum muss Wohnraum bleiben und darf nicht für andere Zweck missbraucht werden. Eigentümer*innen dürfen besonders Innenstadtwohnungen nicht absichtlich leer stehen lassen. Wiedereinführung der Zweckentfremdungsverordnung.

■ Spekulativer Leerstand ist mit einer Leerstandssteuer zu belegen. Beim Verkauf von öffentlichen Flächen zwecks Wohnungsbaus ist eine Frist zur Bebauung zu setzen, um Grundstücksspekulation zu verhindern, die die Preise der Wohnungen verteuert und damit sozialen Wohnungsbau unmöglich macht.

■ Sozialtarife für Energie und Wasser/Abwasser statt Sonderpreise für Unternehmen.

■ Sperren der Grundversorgung mit Wasser, Gas und Strom gehört verboten. Wir fordern ein Gesetz, das bei Verfehlungen von Wohnungseigentümer*innen bei Abführung von Energie- und Wasserkosten eine Beschlagnahmung der Mieteinnahmen bis zur Abdeckung der Schulden ermöglicht, damit Mieter*innen nicht bestraft werden, obwohl sie gezahlt haben.

■ Der Bund soll Projekte wie die „Soziale Stadt“ fördern. Genossenschaftliches Eigentum wollen wir stärken.

■ Über den Bundesrat wollen wir die Rechte von Mieter*innen stärken.

■ Energetisches Sanieren von Wohnraum darf nicht von den Mieter*innen bezahlt werden.

■ Ein Mieter*innenstrommodell, das auf dezentrale Energieversorgung setzt, muss allen Mieter*innen ohne Mehrkosten eine ökologische Energieversorgung garantieren.

■ Siedlungshäuser, die über das Erbbaurecht gebaut wurden, wollen wir vor überhöhten Erbbauzinsen schützen. Die Klosterkammer darf ihr Eigentumsrecht nicht missbrauchen und soll Erbbau-Grundstücke auf Wunsch den Nutzer*innen zum Verkehrswert verkaufen.

Barrierefreies Niedersachsen – selbstbestimmte Behindertenpolitik

DIE LINKE will in Niedersachsen die Inklusion so umsetzen, wie es die Behindertenrechtskonvention der UN fordert. Unser Ziel ist, dass Inklusion in Niedersachsen eine Selbstverständlichkeit ist. Barrierefreiheit beginnt in den Köpfen. In den kommenden Jahren wollen wir dies gemeinsam mit vielen Initiativen im Land erreichen.

Dieses übergreifende Ziel wollen wir stets bedenken, wenn wir Ideen und Konzepte auf Landesebene erarbeiten. Alle Menschen – mit oder ohne Behinderungen – sollen barrierefrei, gleichberechtigt und in vollem Umfang am gesamten gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Ob Frühförderung, Schule, Arbeitsmarkt, Wohnen, Freizeit: im gesellschaftlichen Miteinander darf

kein Lebensbereich die Inklusion ausblenden.
Hier ist die jetzige Landesregierung aus SPD und Grünen Antworten schuldig geblieben. Ihre Versuche einer Schulinklusion zum Spartarif verhindern leider eine wirkliche Inklusion. Wir wollen dies in den nächsten fünf Jahren ändern.

Dazu wollen wir LINKE folgende Maßnahmen einleiten:

■ eine Landesstrategie zur Verwirklichung echter Barrierefreiheit erstellen und umsetzen.

■ so genannte Förderschulen überflüssig machen und die volle Inklusion von Kindern und Jugendlichen in Regelschulen durchsetzen. Zu diesem Zweck ist eine bedarfsgerechte sonderpädagogische Grundversorgung an allen Regelschulen notwendig. In niedersächsischen Schulen darf Inklusion nicht an Barrieren oder dem Mangel an Lehrer*innen oder Fachkräften der Jugendhilfe scheitern. Inklusion im Bildungsbereich darf kein Sparprogramm sein. Inklusion ist nur sinnvoll möglich, wo eine ausreichende Förderung gesichert ist. Dafür muss das Schulpersonal aufgestockt und besser ausgebildet werden. Schon die Lehrer*innenausbildung muss ein Grundmodul zur Förderpädagogik umfassen. Um dem Bedarf an Fachkräften abzudecken, müssen gezielt Förderlehrer*innen ausgebildet werden.

■ Das Land muss seinen Lehrer*innen eine berufliche Aus- und Weiterbildung in Förderpädagogik anbieten. An jeder Schule müssen förderpädagogische Fachlehrkäfte für die gesamte Unterrichtszeit zur Verfügung stehen. Sie müssen die Inklusion gewährleisten können und sind vom Land Niedersachsen tariflich zu bezahlen

■ Für barrierefreie Schulgebäude sollen 5 Mrd. Euro investiert werden.

■ Landesweite Foren sollen Inklusion im Bildungsbereich schnell umsetzen, damit sie endlich Realität wird.

■ Öffentlich geförderte Stellen sollen Menschen mit Behinderungen und ihre Angehörigen unabhängig beraten, z. B. in Frühförderung, Wohnen und persönlichem Budget.

■ Wir starten eine parlamentarische Initiative für mindestens 1000 barrierefreie Ein- und Ausstiege auf niedersächsischen Bahnhöfen.

■ Niedersächsische Unternehmen müssen geeignete Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen schaffen und diese auch besetzen. Sie dürfen sich nicht länger von solchen Verpflichtungen loskaufen. Ersatzleistungen dürfen schon gar nicht billiger als barrierefreie Arbeitsplätze sein.

■ So genannte „beschützende“ oder Behindertenwerkstätten müssen ihre Arbeitnehmer*innen tariflich entlohnen und ihre Rechte auf Mitbestimmung gewährleisten, ggf. mit ausgebildeter Assistenz.

■ Wir unterstützen ausdrücklich den Beschluss des ver.di-Bundeskongresses vom 26.09.2015: „Mindestlohn für alle, auch in Sozial- und Behindertenwerkstätten sowie in Justizvollzugsanstalten“.

■ Wir lehnen ab, dass Werkstätten der Rüstungsindustrie zuliefern.

■ Wir wollen, dass Behindertenbeiräte von den Betroffenen selbst direkt gewählt und nicht ernannt werden.

■ Die Beteiligungsrechte von Menschen mit Behinderungen sind auszubauen. Wir wollen die Beiräte demokratisch wählen lassen, stärken und die kommunale und landesweite Förderung von Selbsthilfegruppen und -verbänden ausbauen.

■ Alle staatlichen Stellen müssen alle Informationen und Formulare in einfacher oder leichter Sprache und in barrierefreien Formaten zur Verfügung stellen.

Sichere Renten für alle

Wir halten fest an der Vorstellung eines Alterns in Würde. Dabei bekämpfen wir diejenigen, die dies zwar in Sonntagsreden hochhalten, aber in ihrem politischen Alltagshandeln der durch die Gesetzesänderungen von CDU, SPD, Grünen und FDP erzeugten Welle von Altersarmut achselzuckend gegenüberstehen. DIE LINKE ist demgegenüber die Partei, die für die Würde im Alter kämpft.

Die gesetzlichen Sicherungssysteme, im Besonderen unser umlagefinanziertes Rentensystem, wurden durch die Agenda 2010 der SPD/Grüne-Regierung massiv unterhöhlt. Das Niveau der gesetzlichen Rentenversicherung sinkt immer weiter ab und wird ohne gesetzliche Maßnahmen bis 2045 auf 41,6 % fallen. Die gesetzliche Rente reicht meistens nicht aus, so dass die Bürger*innen zusätzlich bei privaten Versicherungen und Banken vorsorgen müssen. Immer mehr Menschen beziehen so geringe Renten, dass sie als Grundsicherung auf Sozialhilfe angewiesen sind, insbesondere Frauen. Wir wollen das Rentenniveau anheben: Das Sicherungsniveau der gesetzlichen Rente muss auf über 70 Prozent erhöht werden, damit die Renten für alle spürbar steigen. Dies ist finanzierbar, wenn alle Einkommen – auch die aus Mieten und Zinsen – zur gesetzlichen Rentenversicherung ohne Beitragsbemessungsgrenzen herangezogen und Freiberufler*innen in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden. Niemand darf im Alter arm sein – egal ob nach einem Leben in Erwerbsarbeit, Berufsunfähigkeit oder Zeiten von Arbeitslosigkeit oder Kindererziehung.

DIE LINKE wird auch künftig energisch gegen die drohende Altersarmut kämpfen und dabei folgende parlamentarische Initiativen entwickeln:

■ Weil gute Rente vor allem aus guten Löhnen erwächst, werden wir dafür sorgen, dass aus dem Parlament heraus alle Forderungen der Gewerkschaften für bessere Löhne, ihre Aktionen und Streiks unterstützt und gefördert werden.

■ Wir kämpfen gegen den Reallohnabbau im öffentlichen Dienst und werden alle Aktivitäten unterstützen, die darauf zielen, unseren öffentlichen Dienst in Niedersachsen entsprechend dem Produktivitätszuwachs unserer Gesellschaft Jahr für Jahr besser zu bezahlen.

■ Wir sorgen für eine Bundesratsinitiati-

ve für ein neues Rentenrecht mit einem Sicherungsniveau von über 70 % und einer armutsfesten Grundrente.

■ Wir wollen, dass die Riesterrente beendet und in das gesetzliche Rentensystem überführt wird.

■ Wir wenden uns gegen alle Privatisierungen im Rentensystem.

■ Wir bleiben bei dem Nein zur Rente erst mit 67 Jahren – das gilt auch für den öffentlichen Dienst. Wir werden einen Antrag zur Zurücknahme der Erhöhung der Altersgrenze in den Landtag einbringen.

■ Wir wollen eine solidarische Mindestrente von 1.050 Euro im Monat – darunter droht Armut.

Für ein jugendfreundliches Niedersachsen

DIE LINKE tritt für eine kinder- und jugendfreundliche Gesellschaft ein, in der junge Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft bestmögliche Bildungs- und Entwicklungschancen haben. Jugendliche brauchen Freiräume jenseits der Welt der Erwachsenen und jenseits kommerzieller Verwertungsinteressen, um ihre Persönlichkeit zu entwickeln und die Gesellschaft nach eigenen Interessen mitgestalten zu können.

Jugendliche brauchen Frei(e)räume, um selbstbestimmt Kunst, Kultur, Freizeit, Sport und politisches Engagement leben und gestalten zu können. Wir setzen uns deshalb für selbstverwaltete Jugend- und Kulturzentren ein, in denen Jugendliche mit ihren Bands proben, selber Lesungen, Theater, Diskussionsrunden, Stammtische organisieren und Raum für alternative Projekte, Meinungen und kulturelle Ansätze schaffen können. Wir wehren uns gegen die Privatisierung und Kommerzialisierung von Kultur in Opern, Museen, Schauspielhäusern und Kunsthallen. Wir streiten dafür, dass ihre Inhalte kritisch und unkonventionell sein können und der Eintritt frei ist.

Aber auch jenseits der so genannten „Hochkultur“ fordern wir öffentliche Förderung und Unterstützung unkommerzieller Kultur der „Freien Szenen“, der Einzelkünstler*innen, von Nachwuchsbands, der experimentellen Kunstformen und des Straßentheaters. Kunst und Kultur müssen freien Raum bekommen, bunt sein, sie sollen kritisch und unbequem sein – und sie müssen für alle da sein.

Das Leben junger Menschen wird durch Sozialabbau, schwindende nichtkommerzielle Freizeitangebote und steigenden Leistungsdruck erheblich belastet. Ihr Zugang zu bestmöglichen Bildungs- und Entwicklungschancen ist zunehmend von der finanziellen Situation der Eltern abhängig. Mit der Einführung von Hartz IV ist die Armut von Kindern und Jugendlichen auf Rekordniveau angestiegen. In Niedersachsen lebten 2015 rund 192.000 Kinder und Jugendliche in Armut. Deshalb muss auch die Bekämpfung von Familienarmut im Zentrum einer präventiven Kinder- und Jugendpolitik stehen.

Die Angebote für eine offene Jugendarbeit in der Fläche sind verschwindend gering, weil sie als so genannte freiwillige Leistung von den Kommunen

bezahlt werden müssen. So fehlen dort außerhalb des bewundernswerten freiwilligen Engagements in sozialen Einrichtungen, Feuerwehr, Kirche und Sportverein Orte, die Jugendliche aufsuchen können, die sich nicht in den traditionellen Strukturen wiederfinden wollen.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- eine stärkere Beteiligung junger Menschen an politischen Prozessen und Entscheidungen, insbesondere durch eine weitere Absenkung des Wahlalters: in einem ersten Schritt auf 16 Jahre bei Landtags- und 14 Jahre bei Kommunalwahlen.

- eine stärkere institutionelle Förderung der Träger*innen der außerschulischen Jugend- und Jugendverbandsarbeit. Die gezielte Förderung von Projekten ist ein wichtiges ergänzendes Instrument, darf jedoch die institutionelle Förderung weder schwächen noch ersetzen.

- die Förderung offener Jugendarbeit in den Kommunen, und zwar auch durch eine anteilige Landesfinanzierung von qualifiziertem Personal, mehr Jugendfreizeitstätten.

- eine Erhöhung der Zahl hauptamtlich Beschäftigter in der Jugendarbeit, auch um damit ehrenamtliches Engagement in Jugendverbänden zu unterstützen und von administrativem und bürokratischem Ballast zu befreien.

- die Stärkung der Jugendsozialarbeit und die gezielte Förderung von Programmen und Modellprojekten für besonders benachteiligte Jugendliche (etwa bei Armut, Obdachlosigkeit, Drogenmissbrauch und beim Übergang von Schule zu Beruf).

- die gezielte Ansprache und Förderung ausgegrenzter Jugendlicher mit Migrationshintergrund durch integrative Angebote.

- die Abschaffung von Sanktionen beim Zugang zu Bildung für Kinder, deren Eltern Hartz IV beziehen.

- die stärkere Einbindung von Jugendlichen in die Politik, z. B. durch mehr unabhängige Jugendparlamente und Jugendräte.

- für Freiräume für Jugendliche. Deshalb: Freiflächen zur Verfügung stellen, z. B. durch die Förderung öffentlicher Bolzplätze, Graffitiflächen, Skater- und Streetball-Anlagen

Kultur von allen für alle

DIE LINKE geht von einem umfassenden Kulturbegriff aus. Unser Ziel ist, dass Kultur bunt und vielfältig ist und dass alle Menschen sie in dieser Vielfalt gestalten und erleben können. Niemand darf vom Zugang zu Kultur ausgegrenzt sein, weil sie oder er ein geringes Einkommen hat, auf dem Land wohnt oder mit wenig Zugang zu Kultur aufgewachsen ist. Wir wollen einen breiten Kulturbegriff, der Oper und Ballett, Kleinkunst und Straßenmusik, Ska und Parkour umfasst. Und wir wollen, dass Kinder, Jugendliche und Erwachsene Kultur selbst gestalten können auf der Grundlage von entsprechend offenen und selbstverwalteten Förderstrukturen.

Neben den großen Landeseinrichtungen, wie Opernhäusern, Theatern und Museen, müssen viel mehr und vor allem auch neue Ausprägungen von Kultur bei der Mittelzuweisung berücksichtigt werden. Freie Theater, kleine Kinos, Soziokultur und kulturelle (Jugend-)Bildung fallen bisher zu oft unter den Tisch, obwohl hier mit vergleichsweise wenig Geld viel erreicht werden könnte. Eine lebendige Kulturszene ist auch Ausdruck einer lebendigen Gesellschaft. Wir wollen, dass Kultur in all ihren Facetten unterstützt wird und allen zugänglich ist.

Kulturell Tätige sind oft schlecht bezahlt und unzureichend abgesichert, und viele kulturelle Angebote sind kaum erschwinglich für die vielen Menschen mit niedrigen Einkommen oder für Hartz-IV-Empfänger*innen. Damit bekommt Kultur etwas Elitäres, sie wird zu etwas, das sich nur ein Teil der Menschen leisten kann und von dem viele ausgegrenzt sind.

Darum wird DIE LINKE im Landtag Forderungen einbringen, die den folgenden Zielen dienen:

- freier Eintritt in alle kulturellen Landeseinrichtungen für Kinder, Jugendliche und Finanzschwache.

- Ausweitung von theater- und museumspädagogischen Angeboten.

- Erhalt kultureller Einrichtungen auf kommunaler Ebene, statt sie als freiwillige Leistung ständig einem Streichungsrisiko auszusetzen.

- Kulturinitiativen von Migrationsgruppen als wertvollen Beitrag zu kultureller Vielfalt und gesellschaftlicher Integration unterstützen.

- Kultur- und Kulturfinanzberatung in der Fläche stärken, Kulturfinanzierung und Fördermöglichkeiten transparent machen, tendenziell Fördermittel von Image- zu Basisprojekten umschichten.

- zuverlässige institutionelle Förderung der Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur.

- Förderung unabhängiger Kulturinitiativen.

- Novellierung des Landesmediengesetzes mit dem Ziel, unabhängige Einrichtungen wie Lokalsender und offene Kanäle zu schützen und weiter auszubauen. Bei der Vergabe von Medienförderung muss das Kriterium „gute Arbeit im Medienbereich“ erfüllt werden.

- Bundesratsinitiative für eine bessere soziale Absicherung von Künstler*innen anschieben.

Sport: Dabei sein können ist für alle wichtig

Sport gehört wie Bildung und Kultur zur gesellschaftlichen Teilhabe. Denn Sport bringt Lebensqualität, verbindet Menschen und leistet einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung ihrer sozialen Beziehungen. Er fördert Selbstvertrauen und das Bewusstsein für die eigenen Fähigkeiten. Er fördert die Gesundheit und die Rehabilitation nach Krankheit und Verletzungen.

In Niedersachsen sind rund 2,7 Millionen Sportler*innen unter dem Dach des Landessportbundes vereint. Wir se-

hen die Hauptaufgabe der Sportförderung darin, den Zugang zu sportlicher Betätigung für alle zu ermöglichen, nicht nur für einige wenige.

In den Städten und Gemeinden in Niedersachsen unterstützt DIE LINKE Sportentwicklungspläne, die darauf abzielen, allen Interessierten die Möglichkeit zur Teilhabe zu geben. Finanzielle Kürzungen bei der Förderung des Breitensports lehnen wir ab. Sport ist eine öffentliche Aufgabe, der Zugang darf nicht privaten Gewinninteressen untergeordnet werden.

Sport liefert wertvolle Beiträge dazu, Brücken zwischen Menschen zu schaffen, Toleranz zu fördern und Vorurteile abzubauen. Er bietet Chancen für interkulturelle Verständigung und kann dazu beitragen, gesellschaftliche und geschlechtsspezifische Beschränkungen in Frage zu stellen und zu überwinden. Die positiven Auswirkungen des Sports auf die Förderung von Menschen mit Behinderungen sind unbestritten. Um diese Potenziale zu nutzen, wollen wir die bestehenden Projekte gegen Rassismus und Sexismus, für interkulturelle Arbeit, Inklusion und die Akzeptanz sexueller Vielfalt im Sport ausbauen und ergänzen. Dabei wollen wir die Zusammenarbeit mit dem Landessportbund stärken.

DIE LINKE wird sich im Landtag aktiv für folgende Forderungen einsetzen:

- Sportförderung soll gestärkt und Sport soll als kommunale Pflichtaufgabe gesetzlich verankert werden.

- Öffentliche Sportanlagen sollen erhalten und ausgebaut werden, die Landesmittel für Sanierung und Neubau müssen dafür erhöht werden.

- Die Übungsleiterpauschalen sollen erhöht werden, vor allem im Kinder- und Jugendbereich. Qualifizierungsmaßnahmen sollen für Übungsleiter*innen kostenfrei sein.

- Sportanlagen sollen flächendeckend barrierefrei werden.

- Die Teilnahme von Geflüchteten am normalen Vereinssport soll gefördert werden.

- Bevölkerungsgruppen, die im Vereinssport bislang unterrepräsentiert sind, sollen gemeinsam mit dem Landessportbund gezielt angesprochen werden.

- Das Land soll Projekte gegen Diskriminierung und Gewalt im Sport fördern.

II. Für ein gerechtes Niedersachsen

Geschlechtergerechtigkeit geht anders: Politik für Frauen und Männer

DIE LINKE will mit ihrer Politik Frauen und Männer ermutigen, für eine Gesellschaft zu streiten, in der Gerechtigkeit zu den Errungenschaften gehört, mit denen wir für unser Ziel gemeinschaftlicher Gestaltung von Gesellschaft freundschaftlich und solidarisch kämpfen. Dazu gehört auch die Geschlechtergerechtigkeit.

Trotz aller Erfolge in ihren Kämpfen um Emanzipation sind Frauen den Männern nach wie vor nach- oder untergeordnet und werden meistens deutlich schlechter bezahlt. Sie sind immer noch Ungleiche in der gesellschaftlichen Teilhabe – in den Chefetagen genauso wie proportional umgekehrt im Anteil der in prekären Verhältnissen Lebenden. Sie sind auch Ungleiche in Gewaltverhältnissen, in denen die Opfer sexueller Gewalt überwiegend Frauen sind. „Geschlechtergerechtigkeit geht anders“ heißt, Frauen zu stärken für die Befreiung aus ihrer Unterordnung. Und es heißt, Männer zu überzeugen, dass LINKE feministische Politik in der Perspektive einer Gesellschaft mit Liebe und Zeit für das ganze Leben steht. Es heißt, dass Verlusten von (männlichen) Privilegien in der ungerechten Gesellschaft ein Gewinn an vielfältigem Reichtum an Menschlichkeit gegenübersteht. Dafür zu kämpfen ist lohnend für alle!
Strategisch bedeutet das, alle politischen Entscheidungen daraufhin zu überprüfen, ob sie langfristig – bei Garantie sozialer Sicherheit – auf die gleichmäßige Verteilung von Zeit und Verantwortung aller Geschlechter in der Erwerbsarbeit, der politischen Gestaltung, der Fürsorge und kulturellen Entwicklung orientiert sind.

DIE LINKE fordert:

- die unverzügliche Umsetzung der von der jetzigen Regierung bei Amtsantritt versprochenen Novellierung des Niedersächsischen Gleichstellungsgesetzes als wirksames Instrument für die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit.

- die bevorzugte Einstellung von Frauen bei gleicher Eignung in Bereichen männlicher Dominanz.

- die Aufwertung der Erziehungs- und Sozialberufe, in denen Frauen überrepräsentiert sind, durch bessere Bezahlung.

- das Aufbrechen typischer Rollenklischees in der Berufswahl durch eine Veränderung der Lehrinhalte in Schulen und entsprechende Imagekampagnen.

- die Einführung einer Geschlechterquotierung für Erziehungsberufe.

- die Einführung des 8. März als gesetzlichem Feiertag.

- die Wiedereinrichtung eines Frauenministeriums.

- die Einstellung einer hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten: in

Kommunen ab 10.000 Einwohner*innen mit mindestens einer halben Stelle, ab 30.000 Einwohner*innen mit einer Vollzeitstelle.

■ eine 50-prozentige Geschlechterquotierung in den Leitungsgremien öffentlicher und durch den Staat beeinflussbarer Einrichtungen und Unternehmen.

■ eine Änderung des Vergaberechtes: Betriebe müssen ihre Maßnahmen zur Stärkung des Frauenanteils nachweisen.

■ eine bessere Vernetzung der niedersächsischen Frauenprojekte: Wir wollen eine gemeinsame Strategie der Projekte und der Förderung anstelle eines bloßen Nebeneinanders.

■ die Wiedereinführung eines Fonds für Kleinstprojekte im frauenpolitischen Bereich.

■ ein Landesprogramm zur Wiedereingliederung von Frauen in das Erwerbsleben nach der Erziehungsphase.

■ die Stärkung und den Ausbau von Landesprojekten gegen Gewalt an Frauen.

■ die gesetzliche Verankerung der Landesförderung von Frauenhäusern und Beratungsstellen sowie die Schließung regionaler Angebotslücken.

■ Selbstbehauptungs-/Selbstverteidigungskurse für Mädchen im Schulunterricht.

■ eine Bundesratsinitiative für ein Gleichstellungsgesetz in der Privatwirtschaft.

■ eine Bundesratsinitiative für ein Elterngeld nach skandinavischem Vorbild.

■ Arbeitszeitmodelle, die es den Geschlechtern ermöglichen, gleichberechtigt an Erziehung und Entwicklung von Kindern und Sorge und Pflege von Kranken und Alten teilzuhaben.

■ Erwerbsarbeit für alle, z. B. durch den Ausbau der Betreuungszeiten und -plätze sowie die Abschaffung der Ferienschließzeiten in Kitas und eine flächendeckende Ganztagsbetreuung von Schulkindern – auch in den Ferien.

■ die Förderung der Geschlechterforschung („Gender Studies“) an den Hochschulen.

Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt

Unsere Vision ist eine Gesellschaft, in der das Gebot unseres Grundgesetzes verwirklicht ist, dass alle Menschen unabhängig von dem Geschlecht und der sexuellen Orientierung als gleichwertige Mitglieder dieser Gesellschaft behandelt werden.

Obwohl Niedersachsen ein tolerantes und weltoffenes Land sein will, sind Ausgrenzung, Diskriminierungen, Beleidigungen und auch Gewalt immer noch bittere Realität für Schwule, Lesben, Transgender und Intersexuelle. Noch viel zu viele Menschen können in der Öffentlichkeit, in Schulen oder bei der Arbeit ihre Identität nicht frei und offen zeigen, ohne Nachteile befürchten zu müssen. Dauerhafter Einsatz für Akzeptanz, Vielfalt und Gleichberechtigung muss für die niedersächsische Landespolitik eine höhere Priorität haben; das

gilt vor allem im Schulbereich. Alternative Lebensentwürfe und das Selbstverständnis, dass es mehr als zwei starre Geschlechter gibt, gehören in Lehrpläne, Schulbücher und hochschulische Curricula. Dafür bedarf es der gemeinschaftlichen Anstrengung aller Beteiligten. Diese wollen wir initiieren und moderieren.

Trans*Menschen müssen teilweise hohe psychosoziale und finanzielle Belastungen auf sich nehmen, um ihr Geschlecht an ihre Identität angleichen zu können. Hierfür verdienen sie soziale Unterstützung, soweit sie nötig ist.

DIE LINKE fordert:

- eine Aufnahme des Verbots der Diskriminierung wegen sexueller Identität in die Landesverfassung.

- die Förderung eines Forschungsbereichs „Queer Studies“ an einer niedersächsischen Hochschule.

- eine Bundesratsinitiative für ein geändertes Personenstandsgesetz mit mehr als zwei Möglichkeiten bei der Geschlechtsangabe.

- die Förderung der Interessensverbände der LBGTQI-Communitys (z. B. Landesverband für transgeschlechtliche Selbstbestimmung Niedersachsen) und den flächendeckenden Ausbau von Beratungsangeboten.

- die Stärkung der Aids-Prävention und der Integration von HIV-positiven Menschen.

- Aufklärungsprogramme zum Thema Homosexualität im Sport.

- den Christopher-Street-Day als gesetzlichen Feiertag.

- die Einführung anonymisierter Bewerbungsverfahren im öffentlichen Dienst.

- die Förderung von Beratungsangeboten für Intersexuelle, Trans*Menschen und deren Angehörige.

Ländlicher Raum – Entfaltung und lebendige Dörfer statt Armut und Verödung

Wir haben die Vision, dass das Leben auf dem Land in Niedersachsen für Jung und Alt eine attraktive Alternative zum Stadtleben ist und dass aus der menschlichen Nähe in unseren Dörfern noch mehr solidarisches Miteinander entsteht. Benachteiligungen durch das Leben auf dem Land sind abzubauen. Niedersachsen ist ein Flächenland mit vielfältiger Landschaft: Küsten, Moore, Heide, Wälder, Berge und Seen. Geprägt ist die Landschaft durch Dörfer. Es gibt aber immer weniger Dörfer traditioneller Prägung mit bäuerlicher Landwirtschaft, weil der starke Preisdruck großer Konzerne die Bäuerinnen und Bauern unter Druck setzt und immer mehr Höfe sterben lässt. Der Konzentrationsprozess der Dienstleistungen erfasst auch den ländlichen Raum. Kleine Läden, Sparkassen und Postämter schließen. In vielen Dörfern gibt es keine Einkaufsmöglichkeiten mehr. Kinder haben oft weite Schulwege. Landwirte, die ihren Hof aufgeben mussten, finden oft keinen neuen Arbeitsplatz. Auf dem Land und teilweise auch in den Randgebieten der größeren Städte in Niedersachsen gibt es große Defizite in der ärztlichen Versorgung. Die Dörfer sind durch nicht ausreichen-

den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) vor allem in den Abendstunden und am Wochenende von den Zentren abgeschnitten.

DIE LINKE fordert:

- regionale Wirtschaftsförderung und dezentrale Energieerzeugung zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Stärkung der Kaufkraft auf dem Land.

- Kultur in den ländlichen Raum bringen, z. B. durch Reisetheater.

- ein dichtes ÖPNV-Netz – Mobilität ist ein Grundrecht. Bahnhöfe und stillgelegte Eisenbahnstrecken müssen reaktiviert werden.

- die Gewährleistung ärztlicher Versorgung auf dem Land durch die Förderung der Niederlassung von Ärzt*innen, medizinische Versorgungszentren und ein Gemeindeschwesterkonzept.

- den Ausbau des Internetzugangs in der Fläche (Breitband) und die Einrichtung von WLAN-Hotspots – auch auf dem Land – in Kooperation mit den Kommunen.

- Unterstützung beim Aufbau von Regionalvermarktungsinitiativen.
- eine dezentrale Energiegewinnung und die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen im ländlichen Raum.

- keine Schließung von Polizeidienststellen, sondern (Wieder-)Eröffnung weiterer Polizeidienststellen in der Fläche und Einstellung zusätzlichen Personals für die Polizei in Kommunen bis 20.000 Einwohner*innen.

- ein Landesförderprogramm für den Ausbau der Fahrradwege auf dem Land.

- die Sicherung der Nahversorgung durch Dienstleistungszentren und kleine Versorgungszentren, ergänzt durch mobile Versorgung.

- ein Förderprogramm für Einkaufsbusse, mobile Verkaufswagen und genossenschaftlich organisierte Dorfläden zur Verbesserung der Nahversorgung in kleinen Kommunen.

- einen Finanzierungszuschuss für Registrierkassen für kleine Läden („Tante Emma-Läden“).

Gerechtigkeit: Vor und nach Gerichtsurteilen

DIE LINKE strebt einen Rechtsstaat an, der für alle Menschen unabhängig von ihrer sozialen oder kulturellen Herkunft gleichermaßen funktioniert, der kurze Verfahrenswege und große Verfahrenssicherheit gewährleistet. Wir wollen einen Strafvollzug, der resozialisiert und einen nachhaltigen Beitrag zur Kriminalitätsbekämpfung leistet. Wir wollen die sozialen Ursachen von Kriminalität aufheben.

Die Verfahren vor Gericht dauern in Niedersachsen viel zu lang. Es gibt einen riesigen Rückstau von Fällen, vor allem im Bereich der Sozialgerichte und der Verwaltungsgerichte. Dadurch werden Betroffene in der Durchsetzung ihrer Rechtsansprüche behindert. Im Strafvollzug muss noch viel mehr auf Resozialisierung orientiert werden, einfaches Wegsperren schafft nur Rückfalltäter*innen. Die Beratungskostenhilfe wird in Niedersachsen immer

restriktiver gewährt, so dass Rechtssuchende mit geringem Einkommen benachteiligt werden.

Einen Ausbau des gefängnisindustriellen Komplexes lehnen wir ab: der Strafvollzug in Niedersachsen darf nicht privatisiert werden, genau so wenig darf die Produktion von Gefangenen zu einer billigen Konkurrenz für lokale Unternehmen werden.

DIE LINKE fordert:

- Neueinstellung von Richter*innen vor allem an Sozial- und Verwaltungsgerichten.

- den Ausbau des Schlichtungssystems durch Mediation.

- einen Zugang zur Justiz unabhängig vom Geldbeutel: Vor allem die Beratungskostenhilfe muss ausgebaut und gegen geplante Einschränkungen verteidigt werden.

- eine stärkere Förderung von Täter-Opfer-Ausgleichsprogrammen seitens des Landes als wirksame Ergänzung zur herkömmlichen Strafjustiz.

- eine wirksamere Strafverfolgung von Wirtschaftsstraftäter*innen und vor allem auch der Steuerhinterziehung durch personelle Verstärkung der für diesen Bereich zuständigen Stellen.

- den Ausbau des offenen Vollzugs als Resozialisierungsmaßnahme nach skandinavischem Vorbild, unterstützt durch mehr Personal in den Vollzugsanstalten.

- die personelle Verstärkung der Bewährungshilfe.

- die Zahlung von Arbeitgeber-Rentenversicherungsbeiträgen auch im Strafvollzug.

- die Einführung von Mindestlohn und Mindestsicherung für Gefangene.

- Die Strafanstalten müssen aktiv Verantwortung für die Gesundheit der Insass*innen übernehmen und ihre Rolle in der Prävention anerkennen. Dazu gehört die flächendeckende Einrichtung von Spritzenaustauschmöglichkeiten.

- die Abschaffung des einfachen Dienstes im Justizdienst und eine Höhergruppierung der Stelleninhaber*innen zur Sicherung der Gleichbehandlung gegenüber anderen Beamt*innen.

- die Stärkung der Unabhängigkeit der Justiz durch einen Ausbau der Mitbestimmung der Richter*innenräte bei allen personellen Entscheidungen, insbesondere bei Beförderungen.

- Begangenes Unrecht muss wieder gut gemacht werden. Das gilt für die bis 1969 zu Gefängnisstrafen verurteilten Homosexuellen ebenso wie für die Opfer der Berufsverbote in den 1970er und 80er Jahren.

- eine Anhebung der Bagatellgrenze für den Besitz weicher Drogen, orientiert am Berliner Modell.

- eine Bundesratsinitiative für ein uneingeschränktes Recht auf Organisationsfreiheit von Gefangenen (Gefangenengewerkschaft).

■ bestehende Gefängnisse müssen barrierefrei umgebaut werden.

■ Mutter-Kind-Wohngruppen im Strafvollzug müssen weiter ausgebaut werden.

Öffentliche Aufgaben müssen ausreichend finanziert werden

Unser Leitbild ist das eines sozialen, gerechten und demokratischen Staates.

Nur die Reichen können sich einen armen Staat leisten. Wir wollen ein leistungsfähiges Land Niedersachsen. Niedersachsen soll auf Bundesebene sein ganzes Gewicht dafür einsetzen, eine sozial gerechte Steuergesetzgebung herzustellen.
Wir wollen, dass das Land Niedersachsen seine Zuständigkeit für den Steuervollzug dazu nutzt, dass die Reichen und die gut verdienenden Unternehmen auch jeden Euro an Steuern zahlen, den sie nach Gesetz zahlen müssen.

Die Schulden des einen sind immer das Geldvermögen eines anderen. Daher gibt es in unserer Gesellschaft keine Schuldenkrise. Es gibt eine Verteilungskrise. Sie ist das Ergebnis der jahrelangen Politik von CDU, SPD, FDP und Grünen auf Landes- wie auf Bundesebene. Durch ihre Politik erfreuen sich über 1.200 Millionär*innen in Niedersachsen eines wachsenden Geldvermögens, das ungefähr den Schulden der Kommunen und des Landes sowie den auf Niedersachsen entfallenden Schulden des Bundes entspricht.
Im Steuervollzug, der Sache des Landes ist, hat die Landesregierung die notwendige Personalaufstockung nicht vorgenommen. Steuerhinterziehung bleibt nach wie vor risikolos.

DIE LINKE wird das ändern und entsprechend den Vorschlägen des DGB und der Steuergewerkschaft folgende Maßnahmen auf Landesebene ergreifen:

■ Einbringung einer Gesetzesinitiative im Bundesrat für die Wiedererhebung der Vermögensteuer.

■ Einbringung von Gesetzesinitiativen im Bundesrat für erhöhte Großerben- und Körperschaftsteuern.

■ Einbringung einer Gesetzesinitiative im Bundesrat für die Einführung einer Börsenumsatzsteuer.

■ Einbringung einer Gesetzesinitiative im Bundesrat für die Ersetzung der Gewerbesteuer durch eine Gemeindewirtschaftssteuer, die nicht nur Unternehmen, sondern auch Selbstständige und Freiberufler*innen mit einbezieht und langfristig die Einnahmesituation der niedersächsischen Kommunen verbessert.
■ den jährlichen Ausbau der Steuerverwaltung um 100 zusätzliche Stellen und die Aufhebung des dortigen Beförderungsstaus, um allein dadurch, gestützt auf Schätzungen des DGB und der Steuergewerkschaft, rund 400 Millionen Euro jährlich mehr an Steuern von den Reichen zu holen.

■ die Einführung einer niedersächsischen Waffenbesitzsteuer zur Reduzierung des privaten Waffenbesitzes.

■ die Ergänzung des Kommunalabgabengesetzes durch die Einführung neu-

er kommunaler Steuern auf unverhältnismäßigen Verkaufsflächenverbrauch oder spekulativen Leerstand von Gebäuden und die spekulativ motivierte Nichtbebauung von baureifen Grundstücken (Baulandsteuer).

- die Neuverhandlung der Kirchenstaatsverträge zum Abbau nicht gerechtfertigter Privilegien.

- die Kürzung von Abgeordnetendiäten, Minister*innengehältern und Staatssekretär*inneneinkommen sowie von Einkommen der Landrät*innen und Dezernent*innen auf ein angemessenes Maß. Pensionen sollen erst mit Eintritt des gesetzlichen Renteneintrittsalters gezahlt werden.

- die Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung. Sie ist das Ergebnis öffentlicher Armut. Da viele Kommunen nach wie vor chronisch unterfinanziert sind, wird von kommunalen Aufsichtsbehörden mit der Vergabe relativ einheitlich gestalteter Mustersatzungen Druck auf die Kommunen ausgeübt, eine Haushaltskonsolidierung durchzuführen und die Satzung einzuführen Die genannten Maßnahmen würden den Landeshaushalt nicht nur ausgleichen, sondern auch die in diesem Programm vorgeschlagenen Verbesserungen abdecken und es sogar noch ermöglichen, damit zu beginnen, die über die Jahre von den verschiedenen Regierungen aufgehäuften Altschulden zu tilgen.

Die Aufnahme des unsinnigen Kreditverbots in unsere Landesverfassung, die verniedlichend „Schuldenbremse“ genannt wird, lehnen wir ab. Dieses volkswirtschaftlich absurde Instrument soll nur dem Zweck dienen, künftige Regierungen zu Kürzungen vor allem in den Bereichen Soziales und Bildung zu nötigen. DIE LINKE wird darauf drängen, dass eine neue Landesregierung beim Bundesverfassungsgericht eine Normenkontrollklage gegen das Kreditverbot für die Länder einreicht, weil es gegen das Föderalismusprinzip des Grundgesetzes verstößt.

III. Für ein gebildetes Niedersachsen

Recht auf Bildung ist ein Menschenrecht – frei zugänglich, ein Leben lang

Bildung ist für DIE LINKE eine wichtige Grundvorrausetzung für die Verwirklichung eines selbstbestimmten Lebens sowie für eine lebendige, offene und demokratisch organisierte Gemeinschaft, weitgehend frei von Vorurteilen und ablehnend gegenüber „alternativen Fakten“ („Fake News“). Bildung öffnet Türen für die persönliche Entwicklung und im Berufsleben.

Unsere Vision ist, dass allen Kindern und Erwachsenen unabhängig von ihrer örtlichen und sozialen Herkunft der Zugang zu Bildung gleichermaßen frei und möglichst wohnortnah ermöglicht wird. Jeder und jede kann auf Basis der eigenen Interessen, Neigungen und Fähigkeiten am Bildungsprozess teilnehmen. Neben der Bedeutung von Bildung für den beruflichen Erfolg ist ihre Wichtigkeit für die individuelle Entfaltung und die Entwicklung innerhalb der Gesellschaft gleichrangig anerkannt. Bildungsinstitutionen müssen demokratisch organisiert und durch die öffentliche Hand finanziert sein.

Das Land steht in der Pflicht, Bildungsangebote bereitzustellen, die ohne Ansicht des Geldbeutels genutzt werden können. Bildung darf nicht dazu dienen, der Wirtschaft die „Humanressource Mensch“ zur Verfügung zu stellen, sondern muss die persönliche Neigung des Einzelnen im Fokus haben. Bildung darf nicht ein Spielfeld für Konzerne werden bzw. bleiben, sondern muss öffentlich finanziert und frei zugänglich sein. Die SPD/Grüne-Landesregierung hat der Privatisierung von Bildung keinen Riegel vorgeschoben. Privatschulen mit teuren Schulgebühren werden immer noch überwiegend durch öffentliche Mittel gesponsert. Dagegen fällt in den öffentlichen Schulen immer noch der Unterricht aus. In der Erwachsenenbildung werden die Kursleiter*innen als Billigkräfte ausgebeutet.

Die von der LINKEN seit langem geforderte Abschaffung der Studiengebühren in Niedersachsen erfolgte erst in der letzten Legislaturperiode. Sie bezieht sich aber nicht auf Verwaltungskostenbeiträge und Langzeitstudiengebühren.

DIE LINKE fordert:

- keine Privatisierung von Bildungseinrichtungen.
- gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Weiterbildung. Der Zugang zu Bildung darf nicht vom Geldbeutel abhängen.
- inklusive Bildungseinrichtungen mit ausreichenden Ressourcen.
- den Ausbau von Programmen für nachholende Bildungsabschlüsse und Deutschkurse.
- Landesmittel nur für solche Projekte, die faire, tariflich gebundene Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten gewährleisten.

■ Verdoppelung des jährlichen Anspruchs auf Bildungsurlaub.

■ Ausbau der politischen Bildungsarbeit sowie die Förderung der Erwachsenenbildung.

■ kostenloses und gutes Mittagsessen an Schulen und Kitas.

■ Schwimmunterricht für alle Grundschulkinder, damit sie sicher und gut schwimmen können.

■ eine enge Zusammenarbeit zwischen Kitas und Schulen mit der Kinder- und Jugendhilfe.

Kita – auf den Anfang kommt es an

Die ersten Lebensjahre sind für die Entwicklung besonders wichtig: Hier werden die Grundlagen gelegt, die später nur schwer korrigiert werden können. Umso wichtiger ist es, bereits den Jüngsten in unserer Gesellschaft hochwertige Angebote machen zu können. Geld darf dabei keine Rolle spielen, im Gegenteil: Die Reichen können solche Angebote bereits jetzt aus der eigenen Tasche bezahlen; die Landesregierung steht in der Pflicht, für alle Kinder gute Rahmenbedingungen zu ermöglichen und für die Kita-Beschäftigten gleichzeitig gute Arbeitsbedingungen bereitzuhalten. In diesem Sinne haben SPD-Grüne versagt, weil sie entgegen ihrer Ankündigungen kein Kita-Gesetz auf den Weg gebracht haben, das diesen Ansprüchen gerecht wird. Die dritte Kraft an Krippen, die nun kommt, ist ihnen in den Schoß gefallen, da sie dafür Bundesmittel erhalten. Aus eigenem Antrieb haben SPD und Grüne keine wesentlichen Verbesserungen zustande gebracht. In den Kindertagesstätten warten die Eltern auf einen besseren Personalschlüssel.

DIE LINKE fordert:

■ beitragsfreie Krippen und Kindergärten bei guter Qualität.

■ ein Kita-Gesetz, das die landesweiten Standards für die frühkindliche Bildung verbessert und gleichzeitig finanziert.

■ einen besseren Betreuungsschlüssel an Krippen, Kindergärten und Horten: maximal vier Kinder im Alter bis drei Jahre pro Erzieher*in; maximal acht Kinder im Alter bis sechs Jahre pro Erzieher*in.

■ eine Änderung der Ausbildungsverordnung für Erzieher*innen zur Sicherstellung der Kinderbetreuung in Niedersachsen; insbesondere ist eine Ausbildungsvergütung zwingend erforderlich, um den Beruf aufzuwerten und Personalengpässen in den kommenden Jahren entgegen zu wirken.

■ mehr Verfügungszeiten für die Beschäftigten, um z. B. bessere Elternarbeit zu ermöglichen und Raum für Vor- und Nachbereitungen bieten zu können.

■ flächendeckende Qualifikationsangebote für die Beschäftigten, um mittelfristig alle Beschäftigten auf das Niveau von Erzieher*innen zu heben. Diese Weiterbildung erfolgt bei bezahlter Freistellung.

■ eine Aufwertung des Erzieher*innenberufs – auch bei der Bezahlung.

■ ein Landesprogramm zum Ausbau von Krippenplätzen mit Ganztagsangeboten, damit hier endlich alle Nachfragen wohnortnah erfüllt werden können.

■ eine intensivere Verzahnung der Bildungsangebote: Der Wechsel von der Kita in die Schule muss für die Kinder besser vorbereitet werden.

■ die besondere Förderung von inklusiv arbeitenden Kitas und ihrem Personal.

■ eine bessere Zusammenarbeit mit Ergotherapie- und Logopädie-Therapeut*innen in Kitas und Krippen.

■ die konsequente Förderung der Kindertagesstätten durch das Land, insbesondere der Krippen zur Sicherung des Rechtsanspruchs.

■ eine bessere Ausbildung für Tageseltern mit der Perspektive in den Erzieher*innenberuf zu wechseln. Die Bezahlung muss mindestens dem Mindestlohn entsprechen.

DIE LINKE tritt für wohnortnahe Kindertagesstätten ein, um allen Kindern altersgemäß einen Kita-Platz zu garantieren. Eine gute Kita ist multikulturell und inklusiv. Die Erzieher*innen müssen angemessen bezahlt werden und ausreichend Zeit zur Verfügung haben, um jedem Kind mit seinen unterschiedlichen Bedürfnissen gerecht werden zu können. Die Eltern sollen guten Gewissens und ohne Druck aus der Gesellschaft oder vom Arbeitgeber entscheiden können, wann und für wie viele Stunden am Tag sie ihr Kind in eine Kita geben. Die Ausbildung der Erziehungskräfte muss auf Fachhochschulniveau angehoben werden.

Schule – länger gemeinsam lernen unter besseren Bedingungen

DIE LINKE kämpft für das gemeinsame Lernen aller Schüler*innen. Wir wollen eine demokratisch organisierte Schule und keine Lernfabrik. Durch Ganztagsangebote wird das enge Unterrichtskorsett entzerrt; der Stress soll aus dem Schulalltag verschwinden, sowohl für die Beschäftigten als auch für die Schüler*innen. Die Ganztagsschule macht auch Hausaufgaben überflüssig, weil die schulische Bildung eben dort stattfindet und außerhalb der Schule Freizeit Vorrang hat. Unser Leitbild ist die Integrierte Gesamtschule, an der alle Abschlüsse erreichbar sind.

Die SPD-Grüne Landesregierung hat sich bemüht, wichtige Projekte anzupacken: Ausbau der Inklusion, Ausbau des Ganztagsunterrichts, Stärkung des gemeinsamen Lernens aller Schüler*innen. Sie war allerdings genau das: „stets bemüht“. Die Reformen hat sie auf Kosten der Beschäftigten gemacht, indem sie den Lehrkräften unbezahlte Mehrarbeit aufdrückte. Dabei brauchen die Lehrkräfte und die pädagogischen Fachkräfte an den Schulen Entlastung statt noch mehr Belastung. Die Reform der Lehrerausbildung zu einer einphasigen Ausbildung, die schon früh Praxisanteile in die Ausbildung integriert, steht nach wie vor aus.

Die Landesregierung von SPD und Grünen hat das Abitur nach 13 Jahren wieder eingeführt und damit eine gemeinsame Forderung von SPD, Grünen und LINKEN erfüllt, um den massiven Schulstress für Schüler*innen, aber auch die Lehrkräfte etwas abzumildern. Sie hat aber auch den Versuch gemacht,

die Lehrerarbeitszeit an den Gymnasien zu verlängern. So etwas hätte die LINKE nie zugelassen. Letztlich ist die Landesregierung mit ihren Plänen vor dem Oberverwaltungsgericht zu Recht gescheitert.

Auch unter der jetzigen Landesregierung entscheidet der Geldbeutel immer noch über die Bildungschancen. Die in der Oppositionszeit der SPD versprochene Lehrmittelfreiheit wurde nicht eingeführt. Das Aufteilen der Schüler*innen im Alter von zehn Jahren auf die verschiedenen Schultypen stärkt die soziale Spaltung im Bildungssystem und damit auch in der Gesellschaft. Deshalb muss das gegliederte Schulsystem überwunden werden. DIE LINKE will die soziale Schere auch in der Bildung schließen, kein Kind zurücklassen, jeden verfügbaren Euro in die Bildung stecken, um individuelle Förderung unter guten Arbeitsbedingungen zu ermöglichen.

DIE LINKE fordert deshalb:

- die Stärkung der Gesamtschulen, u. a. durch die Änderung des Schulgesetzes: Die Gründung neuer Integrierter Gesamtschulen darf nicht von der Existenz von Gymnasien in der Nähe abhängig sein.

- die allgemeine Lehrmittelfreiheit.

- einen kostenfreien Schüler*innentransport, auch in der Sekundarstufe II, sowie eine Optimierung des Nahverkehrs an Schulwegen.

- eine Entlastung aller Lehrkräfte durch die Verringerung der Unterrichtsverpflichtung und besondere Entlastungsstunden für Teilzeitkräfte.

- mehr Schulsozialarbeiter*innen, Sozialbetreuer*innen und Vertrauensmenschen in die Schulen.

- die Wiedereinführung der gestrichenen Altersermäßigung für Lehrkräfte.

- eine Einstellungsoffensive an Schulen, um kleinere Klassen zu ermöglichen.

- unbefristete Vollzeit-Verträge für alle Beschäftigten in den Schulen sowie eine Aufbesserung der Lehrer*innenarbeitszeit.

- eine stärker praxis-orientierte einphasige Lehrer*innenausbildung, die sich an Schulstufen und nicht an Schulformen orientiert.

- eine Anhebung des Schulbudgets zur auskömmlichen Finanzierung von Klassenfahrten und Fortbildungen.

- ausreichende Fortbildungsmöglichkeiten, insbesondere für Inklusion und Medienpädagogik.

- mehr Ressourcen für die Umsetzung der Inklusion.

- eine Redemokratisierung der Schulen. Mehr Einfluss für die Gesamtkonferenzen und weniger Verwaltungstätigkeiten für die Schulleiter*innen.

- den Ausbau des herkunftssprachlichen Unterrichts.

- die Ersetzung des Fachs „Religion“ durch das Pflichtfach „Religion-Ethik-Philosophie“.

■ Bundeswehr raus aus den Schulen – kein Werben fürs Sterben.

■ die Vermittlung von Medienkompetenz an den Schulen.

■ die Ausweitung der Partizipationsmöglichkeiten an Schulen.

■ demokratisch und direkt gewählte Schüler*innenräte und Schüler*innenvertretungen an jeder Schule in Niedersachsen.

■ eine stärker alltagsorientierte Bildung in den Schulen durch Vermittlung von Kompetenzen, die im „Erwachsenenleben“ benötigt werden, z. B. Kochen, Steuererklärungen schreiben etc.

Ausbildung – alle brauchen einen Platz

DIE LINKE will allen Jugendlichen eine Ausbildung ermöglichen – kostenfrei, den persönlichen Neigungen entsprechend und qualitativ hochwertig. Die berufliche Bildung soll dabei nicht schlechter dastehen als ein Bachelorstudium. Durch die Verankerung von Qualitätskontrollen und bessere Freistellungsmöglichkeiten für betriebliche Ausbilder*innen wird die Ausbildungsqualität für Lehrende und Lernende verbessert. Für Unternehmen gilt: Wer nicht ausbildet, soll zahlen.

Auf dem Ausbildungsmarkt stimmt es hinten und vorne nicht. Im Jahr 2015 kamen auf 100 Bewerber*innen nur 88 Ausbildungsplätze; die Behauptung der Arbeitgeber*innen, es gebe zu wenig Jugendliche, stimmt einfach nicht. Neben der mangelnden Anzahl an Ausbildungsplätzen stimmt oft auch die Qualität nicht: Ein Viertel der Azubis ist mit der Ausbildung unzufrieden, bei den Berufsbildenden Schulen ist es sogar fast jede*r Zweite. Die psychische Belastung, bedingt durch zu hohe Anforderungen und schlechte Ausbildungsbedingungen, nimmt bereits in der Ausbildung zu.

Alle Jugendlichen haben aber ein Anrecht auf einen guten Anschluss nach dem Schulabschluss, am besten an der Hochschule oder in der Dualen bzw. vollzeitschulischen Ausbildung; bei Bedarf gibt es zusätzliche Qualifikationsangebote, die zu einer Ausbildung führen.

DIE LINKE fordert deshalb:

■ Wer nicht ausbildet, soll zahlen: Es muss eine Umlagefinanzierung eingeführt werden, bei der Betriebe, die nicht ausbilden, eine Abgabe zahlen, die ausbildungswilligen Kleinunternehmen zugutekommt.

■ Wer keinen Ausbildungsplatz bekommen hat, erhält ein Angebot für eine vollzeitschulische oder außerbetriebliche Ausbildung an qualifizierten Ausbildungsstätten und die Möglichkeit auf Förderung durch das Schüler-BAföG. Ziel der Ausbildung ist zudem, im zweiten Jahr möglichst in die betriebliche Ausbildung zu wechseln.

■ Azubis sind keine billigen Arbeitskräfte, sondern erhalten eine optimale schulische und betriebliche Ausbildung. Dazu sollen zum einen die Stellen in den Berufsschulen ausgebaut werden, so dass Azubis mindestens zwei Mal in der Woche für sechs Stunden unterrichtet werden können. Gleichzeitig

müssen die Kapazitäten der betrieblichen Ausbilder*innen gestärkt werden.

- einen Mindestlohn für Azubis.

- eine Aufwandsentschädigung für Praktikant*innen.

Hochschulen – ausfinanziert, demokratisch und arbeitnehmer*innenfreundlich

DIE LINKE. Niedersachsen steht für eine demokratische und soziale Hochschule, in der Wissenschaft und Bildung dem Allgemeinwohl dienen. Demokratische Teilhabe aller Statusgruppen, Transparenz, die Überwindung von Diskriminierung jeglicher Art, die Sicherung der Durchlässigkeit im Bildungssystem, Lehre und Forschung in gesellschaftlicher Verantwortung, eine hohe Qualität von Studium und Lehre, welche zur Mündigkeit anregt, sowie gute Studien- und Arbeitsbedingungen sind die entscheidenden Ziele, an denen wir die Hochschulpolitik messen.

Hochschulen befinden sich seit Jahren in weitreichenden, betriebswirtschaftlich geprägten Veränderungsprozessen. Das so genannte Prinzip der unternehmerischen Hochschule soll Studierende zu Kunden machen, Bildung zu einer durch Gebühren einkaufbaren Ware, Lehre zu einer am Arbeitsmarkt ausgerichteten Dienstleistung und Hochschulen zu undemokratischen Unternehmen. Durch eine massive Unterfinanzierung sollen Hochschulen wie Unternehmen um Gelder konkurrieren, welche oft von privaten Geldgebern kommen. Die Folgen sind Befristung, prekäre Arbeits- und Studienbedingungen sowie die Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit durch Orientierung auf Profitinteressen.

Die SPD-Grüne Landesregierung hat ihr Wahlversprechen gebrochen, die Hochschulen zu Orten zu machen, an denen Demokratie erfahren und gesellschaftliche Verantwortung gelebt werden kann. Sie führt die ideologisch gescheiterte Politik der unternehmerischen Hochschule wie die vorherigen Landesregierungen konsequent fort. Einzelne Verbesserungen sind nur dort erkennbar, wo diese aufgrund der Kritik der Hochschulen am Gesetz sowie der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts absolut notwendig waren. Eine notwendige weitreichende Reform blieb aus.

DIE LINKE. Niedersachsen fordert deshalb:

- einen massiven Ausbau der Grundfinanzierung, der einhergeht mit einem Entfristungsprogramm für die wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen: „Dauerstellen für Daueraufgaben“.

- verbindliche Mindeststandards für gute Arbeit an Hochschulen: Schluss mit den Kurzzeitverträgen. Schluss mit den Kettenbefristungen.

- eine Demokratisierung der Hochschulen durch eine verfassungskonforme Viertelparität in den Gremien sowie den akademischen Senat als höchstes beschlussfassendes Organ einer Hochschule: Hochschulräte sind für die Beratung da, nicht für die Entscheidungsfindung.

- die Rechte der Personalräte an den Hochschulen dürfen nicht hinter denen

in den anderen Bereichen der Verwaltung zurückstehen.

■ ein Ende der Exzellenzinitiative: Flächendeckende, bedarfsgerechte und nicht wettbewerbsorientierte Ausfinanzierung für alle Studentenwerke und für alle Hochschulen statt einzelner elitärer Leuchtturmprojekte.

■ den nachfrageorientierten Ausbau der Studienplätze an allen niedersächsischen Hochschulen und einen offenen Hochschulzugang für Menschen mit und ohne Abitur.

■ keine weiteren Stiftungshochschulen mehr. Stattdessen muss es ein Rückkehrprogramm für die bestehenden Stiftungen geben.

■ die Veröffentlichung und Bereitstellung von Open Source sowie eine Veröffentlichung von Forschungsergebnissen, die mit öffentlichen Mitteln finanziert werden, sowie eine Offenlegung aller Drittmittelgeber im Sinne einer vollständigen Transparenzklausel.

■ einen Stopp der Rüstungsforschung, gesetzlich verankerte Zivilklauseln und den Ausbau von Friedensforschung.

■ Bundeswehr raus aus den Hochschulen und Universitäten.

Studium – Bildung mündiger Menschen ohne soziale Hürden

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass ein Studium frei von wirtschaftlichen Zwängen und finanziellen Nöten absolviert werden kann. Die Studierenden werden nicht als zu formende Humanressourcen behandelt, sondern als vollwertige Mitglieder der Hochschule. Der Einfluss von Wirtschaft und Lobbygruppen auf die Lehre ist zurückzudrängen. Das Studium muss so gestaltet sein, dass Lehrende und Lernende ausreichend Zeit für Diskussion und Erkenntnisprozesse haben.

Die Bedingungen, unter denen das Studium derzeit stattfindet, sind katastrophal. Leistungsdruck, Notenwahn, Regelstudienzeit, Konkurrenz zwischen Studierenden und die Langzeitstudiengebühren sind unzumutbar. Dies alles führt zu miserablen Lehr- und Lernbedingungen, in denen Studierende durch Lernstress und finanzielle Sorgen krank werden.

Für DIE LINKE muss das Studium hingegen Zeit und Raum bieten, in denen man seiner Motivation, Neugier und Freude am Lernen ohne Zwang und Konkurrenz nachgehen kann. Hochschulen sind Orte, in denen die Erfahrungen der Menschheit aus einem reichhaltigen kulturellen und wissenschaftlichen Erbe geschöpft werden können: Orte, um sich diese Welt gemeinsam wissenschaftlich anzueignen, Wissen zu mehren und seine Persönlichkeit weiterzuentwickeln im Sinne einer friedlichen und sozialen Gestaltung unserer Gesellschaft.

DIE LINKE setzt sich daher ein für:

■ die Abschaffung aller Gebühren – einschließlich des Verwaltungskostenbeitrags – sowie eine bedarfsdeckende, elternunabhängige und staatliche Ausbildungsfinanzierung.

■ die Abschaffung von verschulten Studiengängen zugunsten der Einfüh-

rung von Studiengängen zum selbstbestimmten Lernen.

■ die stärkere Öffnung der Hochschulen für Menschen ohne Abitur, nicht nur auf dem Papier durch das Angebot von Brückenkursen, sondern auch verankert im Selbstverständnis jeder Hochschule und gestärkt durch öffentliche Förderprogramme.

■ die Übertragung von Vorlesungen über das Internet.

■ die Öffnung der Hochschulen für Geflüchtete mit entsprechenden Sprachangeboten.

■ den Nachweis der didaktischen Fähigkeiten als wesentlicher Bestandteil bei der Berufung von Professor*innen.

■ die demokratische, aus dem Wissenschaftswesen selbst heraus entstehende Weiterentwicklung und Qualitätssicherung von Studium und Lehre statt des derzeitigen Akkreditierungsverfahrens durch Externe.

■ die vollständige Durchlässigkeit von Bachelor- zu Masterstudiengängen. Wer einen Bachelorabschluss macht, erhält einen Rechtsanspruch auf einen Masterplatz.

■ die Aufhebung der Regelstudienzeit und die wirksame Abschaffung der Anwesenheitspflicht.

■ ein Ende der prüfungsgebundenen Exmatrikulation und des damit verbundenen bundesweiten Studierverbots.

IV. Für ein demokratisches Niedersachsen

Mehr Demokratie wagen

Bürger*innen wollen an den politischen Entscheidungen teilhaben. Eine lebendige Demokratie braucht aber mehr direkte Demokratie auf allen Ebenen, damit die Einwohner*innen ihre Interessen besser wahrnehmen und sich an Entscheidungen des demokratischen Gemeinwesens aktiv beteiligen können.

Immer noch ist es auch in Niedersachsen so, dass vielen Menschen ohne deutschen Pass das Wahlrecht vorenthalten wird, obwohl sie hier schon lange leben und arbeiten und auch Steuern zahlen. Sie wollen beteiligt sein. DIE LINKE setzt sich für ein Wahlrecht für alle ein, die hier schon lange leben. Junge Menschen müssen mit 16 Jahren auch den Landtag wählen können.

Demokratische Teilhabe besteht aber nicht nur darin, wählen zu gehen. Bürgerentscheide und Volksabstimmungen sind Elemente der direkten Demokratie. Trotz abgesenkter Quoren bei Volksentscheiden sind diese Beteiligungsrechte zu wenig bekannt und werden zu selten genutzt. DIE LINKE will diese Rechte bürger*innenfreundlicher gestalten und zu einem selbstverständlichen Bestandteil politischer Beteiligung machen. Die Wahl selber soll mit offenen Listen stärker dem Votum der Wähler*innen entsprechen.

DIE LINKE wird die Voraussetzungen für mehr Beteiligung schaffen und fordert:

■ kommunales Wahlrecht für alle, die ihren ersten Wohnsitz seit mindestens drei Monaten in der Kommune haben.

■ die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre.

■ offene Listen zur Wahl des Niedersächsischen Landtags.

■ die Ermöglichung von Bürgerentscheiden zu allen Sachfragen, die in die Entscheidungskompetenz der jeweiligen kommunalen Vertretung fallen (Verzicht auf Themenausschlüsse), auch zu Fragen der Bauleitplanung, weil diese für die Einwohner*innen oft besonders wichtig sind.

■ eine frühe Beteiligung an allen Planungen in der Kommune und im Land, z. B. bei Windkraftanlagen, Verkehrswegen usw. Dabei sind die Teilhabemöglichkeiten mittels digitaler Medien zu schaffen, ohne die persönliche Beteiligung zu beeinträchtigen. Durch einfache Sprache werden alle Menschen in den Beteiligungsprozess einbezogen.

■ obligatorische Bürgerentscheide beim Verkauf öffentlichen Eigentums und bei großen öffentlichen Investitionen ab bestimmten finanziellen Beträgen.

■ die Wiedereinführung der Stichwahl – aber in Form der integrierten Stichwahl – bei der Wahl der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Landrätinnen und Landräte.

■ eine Evaluierung des Vergabegesetzes im Hinblick darauf, dass auch soziale Kriterien bei Ausschreibungen berücksichtigt werden müssen.

■ die Demokratisierung des Versammlungsrechts und die Rücknahme der Restriktionen, die durch frühere Regierungen geschaffen wurden: Demonstrationsfreiheit ist ein Grundrecht.

Finanzieller Zwang schränkt Demokratie ein

Die Kommune ist der Ort, an dem die Menschen die politischen Entscheidungen direkt erleben. Und es sind gerade die Kommunen, die am stärksten unter dem Diktat der „Schwarzen Null“ im Landeshaushalt leiden. Die niedersächsische Landesregierung hat sich diesem nicht nur unterworfen, sondern sie hat es sich zu Eigen gemacht. Die Schere zwischen armen und reichen Kommunen klafft weit auseinander. So sind viele Kommunen finanziell nicht mehr in der Lage, für die Einwohner*innen wichtige und notwendige Investitionen zu tätigen. Wer das grundgesetzlich garantierte Recht der kommunalen Selbstverwaltung ernst nimmt, der muss die Kommunen finanziell besser ausstatten. Der Druck der SPD-Grünen Landesregierung auf Kommunen, sich aus finanziellen Gründen mit anderen zusammenzuschließen, führt zu größeren Verwaltungseinheiten und oft zu weiteren Wegen für die Einwohner*innen. Sinnvolle kommunale Zusammenschlüsse, die die Servicefunktion für die Bevölkerung verbessern, sind zu begrüßen. Eine verbindliche Bürgerbeteiligung vor der Umsetzung von organisatorischen Änderungen muss aber gewährleistet sein.

Ansonsten geht die Nähe zu politischen Entscheidungen sowie den Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern verloren und die Distanz zu demokratischen Beteiligungsprozessen wird vergrößert.

DIE LINKE steht für die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und die Forderung nach mehr Demokratie und sozialer Gerechtigkeit. Das Streben nach gleichwertigen Lebensverhältnissen und eine an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtete wohnortnahe Daseinsvorsorge stehen im Vordergrund. Dabei sind die Belange von kleinen und mittelständischen Unternehmen zu berücksichtigen.

DIE LINKE steht für eine dezentrale Energieerzeugung vor Ort. Wir wollen außerdem erreichen, dass insbesondere Jugendhilfe und Gesundheitsversorgung in der Fläche gesichert sind und die Versorgung verbessert wird. Auch in stadtfernen Kommunen muss der Zugang zu fachärztlichen Diensten gesichert sein. Wir streiten an der Seite der Einwohner*innen für den Erhalt von Schulen, Kitas, Bibliotheken, Museen, Theatern, Sportplätzen und Schwimmbädern.

Die Handlungsspielräume für Kommunen müssen in Richtung kommunaler Autonomie erweitert werden. Durch einen kommunalen Finanzausgleich werden ungleiche Bedingungen zwischen den Kommunen ausgeglichen und dezentrale Entscheidungsfindungen ermöglicht – und zwar allen, unabhängig von ihrer Wirtschaftskraft.

Transparenz ist eine Voraussetzung für eine Politik, die dem Menschen zugewandt ist. Die Mitglieder des Landtages sind verpflichtet, ihre Einkünfte aus Tätigkeiten neben ihrem Abgeordnetenmandat offenzulegen. Ebenso notwendig sind Initiativen zur größeren Transparenz von Unternehmen, an denen das Land beteiligt ist bzw. die dem Land gehören. Um diese Politik der Offenheit nicht nur auf der Landesebene zu verwirklichen, muss die niedersächsische Kommunalverfassung weiter demokratisiert werden.

DIE LINKE will die demokratische Selbstbestimmung und die finanziellen Grundlagen stärken, indem das Land folgende Punkte umsetzt:

- mehr kommunale Selbstbestimmung. Kommunen müssen ihre Bedingungen selber regeln können. Sie sind dafür finanziell entsprechend auszustatten.

- regelmäßige Kontrollen von Unternehmen durch den Einsatz von mehr Steuerprüferinnen und –prüfern. Das kommt auch den kommunalen Haushalten zu Gute.

- den Umbau der Gewerbesteuer zu einer Gemeindewirtschaftssteuer.

- die Reform des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG): Gemeinde- und Gebietsreformen nur mit Bürgerentscheid, und auch der Hauptausschuss soll weitestgehend öffentlich tagen. Restriktionen aus dem Entschuldungsfonds („Zukunftsverträge“) sind zu streichen. Ein Verbandsklagerecht für Nichtregierungsorganisationen (NGO) muss auch auf der kommunalen Ebene eingeführt werden.

■ die Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen dafür, dass die Vertreterinnen und Vertreter des Landes in Aufsichtsräten privater und öffentlicher Unternehmen dem Weisungsrecht des Landesparlamentes unterworfen werden können. Dieses soll auch für kommunale Unternehmen und die kommunale Vertretung möglich werden. Bei der Besetzung von Aufsichtsgremien sind die Geschlechter paritätisch zu berücksichtigen.

■ die Erstellung eines Lobby-Registers für Parlament, Behörden und Stiftungen.

■ die Schaffung eines echten Transparenz-Gesetzes, das gar keinen oder lediglich einen kleinen Ausschluss-Katalog umfasst.

DIE LINKE will die direkten Beteiligungsmöglichkeiten der Einwohner*innen in den Kommunen durch folgende Maßnahmen stärken:

■ die Bedingungen für die Durchführung von Bürgerhaushalten sind rechtlich im NKomVG zu verankern. Bürger*innenbeteiligungssatzungen sichern die landesweite Anwendung.

■ Freistellungsmöglichkeiten für ehrenamtliches Engagement (z. B. Freiwillige Feuerwehr, Politik, Sozialarbeit, Sportverbände) sind zu verbessern.

■ mehr Mitwirkungsrechte für Kinder und Jugendliche; die Bedingungen für Jugendparlamente sind zu verbessern.

■ die Bereitstellung von öffentlichen Räumen für Initiativen, die Förderung von Kinder- und Jugendforen.

■ die Vereinbarkeit von Beruf und ehrenamtlichem Engagement (z .B. in freiwilligen Feuerwehren, Politik, Sozialarbeit, Sportverbänden) ist durch verbindliche Freistellungsregelungen zu verbessern.

Privatisierung ist Raub öffentlichen Eigentums

Der Reichtum des Landes konzentriert sich in wenigen Händen. Die öffentliche Armut nimmt zu. Wenn das Geld knapp wird, ist schnell das Thema „Verscherbeln öffentlichen Eigentums“ auf dem Tisch. Der Bundesfernstraßenbau soll künftig noch stärker in so genannten Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP) abgewickelt werden Die Beschäftigten der Auftragsverwaltung in der Landesstraßenbaugesellschaft fürchten um ihre tariflich gesicherten Arbeitsplätze, wenn sie auf private Straßenbaugesellschaften übergehen sollten. Privatisierung ist Raub öffentlichen Eigentums. Sie schränkt demokratische Beteiligung ein und macht Projekte häufig teurer, als wenn sie öffentlich umgesetzt werden würden. Der Verkauf öffentlichen Eigentums, insbesondere in der Daseinsvorsorge, muss auf allen Ebenen rückgängig gemacht werden.

DIE LINKE wird deshalb:

■ gezielt Einrichtungen der Daseinsvorsorgen zurück in die öffentliche Hand holen.

■ ÖPP-Projekte bekämpfen, weil sie private Investoren begünstigen und öffentliche Haushalte belasten.

■ das System der öffentlich-rechtlichen Sparkassen demokratisieren und schüt-

zen, um in der Finanzpolitik die totale Privatisierung zu verhindern.

Freiheit braucht Gleichheit beim Zugang zu digitalen und analogen Medien Das offene Internet bietet vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten an öffentlichen Entscheidungen des Landes. Es kann Transparenz schaffen und die Demokratie festigen, wenn es nicht den Verwertungsinteressen privater Dienstanbieter*innen untergeordnet wird. Die SPD-Grüne Landesregierung hat sich auf die Förderung privater Investor*innen beschränkt, scheut aber eigene Investitionen für ein flächendeckendes schnelles Internet für alle. Es reicht nicht aus, ständig auf den Bund zu zeigen, wo unter Beteiligung der SPD weiterhin auf die privaten Investor*innen gewartet wird. Weder der Wohnort noch die finanzielle Situation der Einwohner*innen dürfen zu einer digitalen Spaltung der niedersächsischen Gesellschaft führen.

Öffentlich erhobene Daten sind frei zugänglich und in einem bearbeitbaren Format zur Verfügung zu stellen, das die Weiterverarbeitung erlaubt (Open Data). Auskunftsansprüche sind in das Landesrecht aufzunehmen. Öffentliche Dienstleistungen über das Netz dürfen nicht zum Ausschluss von Einwohner*innen führen oder sie einseitig finanziell belasten, weil sie nicht über die dafür notwendigen digitalen Endgeräte verfügen. Die Landesregierung muss die Verwendung von Open-Source-Software in allen öffentlichen Einrichtungen fördern.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist das Eigentum der Gebührenzahlerinnen und Gebührenzahler. Die Aufsicht obliegt ihnen. Medienkompetenz entwickelt sich nicht zuletzt durch eigenes Tun. Inhalte kritisch hinterfragen zu können, ist nur möglich, wenn die Konsument*innenperspektive verlassen werden kann, und Bürgerinnen und Bürger zu Produzentinnen und Produzenten werden können. Die Bürger*innenmedien müssen eine echte dritte Säule im Rundfunksystem bilden.

DIE LINKE will Freiheit und Gleichheit im Internet mit folgenden Forderungen durchsetzen:

- Breitband-Ausbau in Stadt und Land in genossenschaftlicher und kommunaler Trägerschaft.

- freies WLAN in öffentlichen Gebäuden.

- Freifunkinitiativen sollen unterstützt werden.

- Netzneutralität muss durch entsprechende Bandbreiten sichergestellt werden; das bedeutet: keine Volumen- und Geschwindigkeitsbegrenzungen, die mit höheren Kosten verbunden sind.

- Strahlungsschäden durch Netze sollen erforscht und risikoarme Varianten genutzt werden, z. B. die Visible Light Communication (VLC) als Pilotprojekt an niedersächsischen Schulen.

- Meinungsfreiheit im Netz bleibt ein wichtiges Gut. Das schließt aber nicht aus, rechtsextreme und rassistische Hetze wirksam bekämpfen zu können.

- Ausbau des Bürger*innenfunks und der Bürger*innenmedien ohne Werbung

oder andere Formen der Kommerzialisierung; Bürger*innensender und Offene Kanäle müssen ausreichend finanziert werden.

DIE LINKE fordert für einen neuen Ansatz in der Digitalpolitik:

- öffentliche Ausschreibungen auf freie Software.

- die Einrichtung einer Modellkommune, um offene Software auf der Grundlage des Betriebssystems Linux einzusetzen.

- umfassende Informationen für Bürgerinnen und Bürger, um offene Software und offene Betriebssysteme nutzen zu können.

Sicherheit ohne Überwachungsstaat

Die Überwachung im öffentlichen Raum nimmt zu. Kameras auf Bahnhöfen, in öffentlichen Verkehrsmitteln, an öffentlichen Plätzen, Supermärkten und anderswo sollen angeblich Straftaten verhindern. Tatsächlich verlagern sie die Kriminalität aber nur und stellen die Bürgerinnen und Bürger, die in den Blick der Kameras geraten, unter Generalverdacht. Eine Kontrolle über die Verwendung und die Speicherung der Bilder ist für die Bürgerin und den Bürger kaum möglich.

Unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung werden Bürger*innenrechte eingeschränkt. Nicht größere Sicherheit, sondern stärkere Überwachung ist das Ergebnis der gegenwärtigen Sicherheitspolitik in Bund und Land. Der Weg in den Überwachungsstaat muss durch demokratische Kontrolle und die Begrenzung gespeicherter Daten verbaut werden.

Der niedersächsische Verfassungsschutz (VS) schützt die niedersächsische Verfassung nicht. Teile der LINKEN und andere radikal-demokratische Kräfte geraten ins Visier der Schlapphüte, ohne dass demokratisch legitimierte Institutionen vollständig informiert sind. Die niedersächsische Landesregierung baut den Schnüffelapparat aus und stockt das Personal beim Landesamt für Verfassungsschutz ebenso auf wie die Sachmittel. Zur Kontrolle werden die Mitglieder des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes zwar informiert, doch die Interna des VS bleiben auch ihnen verborgen. DIE LINKE tritt ein für ein Ende der Geheimdienstpolitik.

Wir wollen eine bürgernahe Polizeiarbeit. Sie muss verhältnismäßig sein und die öffentliche Sicherheit und Ordnung gewährleisten, ohne Freiheitsrechte oder demokratische Kontrollrechte einzuschränken. Polizistinnen und Polizisten sollen im Dienst grundsätzlich Nummern oder Namensschilder tragen, um sie ggf. identifizieren zu können.

Eine unabhängige Beschwerdestelle zur Untersuchung polizeilichen Fehlverhaltens sichert Rechte von Einwohner*innen und mindert zugleich die Gefahr, dass durch falsch verstandenen Korpsgeist polizeiinterne Verfehlungen nicht geahndet werden. Die Polizei darf nicht mit immer mehr Aufgaben beladen werden. Sie ist von der Verfolgung von Bagatelldelikten wie z. B. illegaler Einreise, Schwarzfahren oder Drogengenuss zu entlasten.

DIE LINKE will mehr Sicherheit. Darum fordern wir:

- den Verfassungsschutz abschaffen.

- eine unabhängige Beschwerdestelle für Polizeiangelegenheiten; eine Verlagerung der Polizeiausbildung an normale Hochschulen.

- die Abschaffung von Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten (BFE).

- einen Stopp des Rückzugs der Polizei aus der Fläche.

- die allgemeine Beschränkung des kleinen Waffenscheins sowie dessen strengere Kontrolle.

V. Für ein friedliches und weltoffenes Niedersachsen

Wir sind ALLE hier zu Hause!

Eine solidarische Gesellschaft ist für uns LINKE eine Selbstverständlichkeit, Diskriminierung muss überall bekämpft werden. DIE LINKE steht für das einer humanen und menschenrechtsorientierten Politik, die allen Migrantinnen und Migranten ein selbstbestimmtes Leben, Anerkennung kultureller Vielfalt und gleichberechtigte Teilhabe an der politischen und kulturellen Gestaltung des Landes ermöglicht.

Diskriminierung in den verschiedenen Lebensbereichen – etwa Arbeitsmarkt, Wohnungsmarkt und Zugang zu Bildung – müssen stärker bekämpft, Antidiskriminierungsarbeit und Initiativen gegen Rassismus gestärkt werden. Rassistische Verdächtigungen durch die Polizei sind zu bekämpfen.

Die Begegnung vieler Teilkulturen begreift und verteidigt DIE LINKE als Bereicherung. Sie setzt sich dafür ein, dass ein wesentlicher Bestandteil ländlicher Kulturpolitik auf die Schaffung und Unterstützung interkultureller Begegnungsstätten gerichtet ist. Obwohl viele Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland geboren oder aufgewachsen sind, werden sie viel zu wenig in die Gestaltung Niedersachsens einbezogen.

Niedersachsen muss auch für über 222.000 Migrantinnen und Migranten mehr als bisher ein Zuhause werden. Viele Behörden und soziale Einrichtungen in Niedersachsen haben sich aber noch zu wenig damit auseinandergesetzt, dass wir in einem Land mit vielen Kulturen, Sprachen und Gewohnheiten leben. Das führt noch viel zu oft zu Diskriminierung und struktureller Ausgrenzung von Einwohnerinnen und Einwohnern aus anderen Bevölkerungen und Ländern. Wir brauchen eine Kultur der gegenseitigen Akzeptanz und des kulturellen Austausches.

DIE LINKE fordert daher:

- die Einbürgerung durch zügige Verfahrensbearbeitung zu erleichtern.

■ genügend Sprachkursangebote für Erwachsene ohne lange Wartezeit.

■ muttersprachlichen Unterricht in allgemeinbildenden Schulen, Kitas und weiteren Schulformen zu unterstützen statt ihn nur als AG anzubieten. Jedes Kind und jeder Jugendliche muss die allgemeinbildenden Schulen und Kindergärten in seiner Nähe besuchen können.

■ mehr Beratungsstellen für Jugendliche mit Migrationshintergrund.

■ Referate für interkulturelle Angelegenheiten und Stärkung vorhandener Antidiskriminierungsstellen.

■ keine unbegründete Verdächtigung islamischer Einrichtungen, speziell aber auch keine Zusammenarbeit mit staatlich gelenkten Religionsvereinigungen wie DITIB.

■ Finanzmittel des Landes zur Gründung von „Häusern der Kulturen“ in Städten und ländlichen Gemeinden, um Vorurteilen zu begegnen und die Entdeckung von Gemeinsamkeiten zu ermöglichen.

■ gleiche Behandlung bei der Vergabe von Arbeitsstellen für Arbeitssuchende mit und ohne Migrationshintergrund; Landesprogramme zur Angleichung des Anteils der Migrantinnen und Migranten im öffentlichen Dienst an den tatsächlichen Anteil an der Gesamtbevölkerung.

■ Befreiung der Beschäftigten in Einrichtungen wie Krankenhäusern und Schulen von der Anzeigepflicht von „Illegalisierten“, wenn diese medizinische Versorgung benötigen oder ihre Kinder eine Schule besuchen.

■ eine Bundesratsinitiative für ein Wahlrecht auch für Menschen aus Nicht-EU-Ländern und die Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft.

■ Wahlrecht zum niedersächsischen Landtag für Nicht-EU-Bürger*innen.

Asyl ist ein Menschenrecht

Wir wollen langfristig eine Welt ohne Grenzen. Diesem Traum kommen wir nicht näher, wenn die Grenzen zur EU und Deutschland und damit zu Niedersachsen wieder mit Mauern und Zäunen abgeriegelt werden. Wer vor Krieg, Hunger, Armut, Verfolgung oder Klimakatastrophen flieht, darf nicht an den Grenzen unseres Landes abgewiesen werden.

Die Lage der Geflüchteten ist eine Katastrophe auch in Niedersachsen. In einem Land wie Deutschland, das zu den reichsten der Welt gehört, ist diese Situation völlig inakzeptabel. Asyl ist ein Menschenrecht und muss in Niedersachsen zur Grundlage der Politik werden. Die niedersächsische Regierung unternimmt nichts gegen die bundesweite Praxis, sondern forciert Abschiebungen teilweise sogar. Es finden unter einer SPD-Grünen Landesregierung wieder Nachtabschiebungen statt, das niedersächsische Aufnahmeprogramm für Syrer ist auf Eis gelegt, die Zahl der angeblich sicheren Herkunfts- und Drittstaaten nimmt auch aus niedersächsischer Regierungsperspektive zu.

Sprachkurse werden nur Geflüchteten mit Bleibeperspektive gewährt, obwohl

auch andere jahrelang hier leben und sich integrieren wollen. Ebenso unhaltbar ist die Chance der Geflüchteten auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt. Menschen werden zu einem Leben in Sammelunterkünften ohne Privatsphäre und in Arbeitslosigkeit gezwungen. Die medizinische Versorgung wird nur in Akutfällen gewährt. Traumata werden hingenommen statt sie zu behandeln. Familiennachzug für Kriegsflüchtlinge wird eingeschränkt, was zu mehr Fluchten auf lebensgefährlichen Wegen führt. Die wieder praktizierte Abschiebehaft treibt Geflüchtete in Verzweiflung und unter Umständen in den Tod. Der angekündigte Paradigmenwechsel von SPD und Grünen ist ausgeblieben! Die LINKE lehnt Abschiebungen von Geflüchteten ab!

Um dies zu verändern, werden wir uns, wie wir es außerparlamentarisch und in kommunalen Parlamenten seit langer Zeit tun, weiterhin zusammen mit der Willkommensinitiative als eine*r der Anwält*innen für das Menschenrecht auf Asyl einsetzen.

DIE LINKE fordert deshalb:

- eine breite Vermittlung von Informationen zu Fluchtursachen über Schulen, Unis, Volkshochschulen, Medien usw., die neben Krieg auch Armut, Hunger, Klimawandel, Globalisierung und persönliche Verfolgung berücksichtigen.

- die Aussetzung der Abschiebungen Geflüchteter in Niedersachsen, insbesondere minderjähriger Kinder sowie ihrer Familie.

- keine Abschiebungen in angeblich sichere Staaten wie Afghanistan.

- die Abschaffung von Abschiebehaft und Nachtabschiebungen.

- ein dauerhaftes Bleiberecht statt „Kettenduldungen“, spätestens nach fünf Jahren.

- die Sicherung des Familiennachzugs, insbesondere bei minderjährigen Flüchtlingen und syrischen Geflüchteten, sowie die Beseitigung künstlich errichteter bürokratischer Hürden.

- humanitäre Initiativen des Landes Niedersachsen zur Aufnahme von Geflüchteten aus den Lagern an den Grenzen Europas, insbesondere aus Griechenland.

- die Wiederherstellung des Rechts auf Asyl sowie die Schaffung von legalen Fluchtwegen über Initiativen im Bundesrat.

- die Wiederherstellung des niedersächsischen Aufnahmeprogramms für Syrer*innen.

- keine Abschiebung von Einwohnerinnen und Einwohnern mit Migrationshintergrund, die in Deutschland verwurzelt sind – entsprechend der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte.

- eine kultursensible Ausbildung aller Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter sowie aller Mitarbeiter*innen in anderen Bereichen, die mit Geflüchteten zu tun haben.

- die Förderung der Flüchtlingsbetreuung durch Fachpersonal unter Einbeziehung Ehrenamtlicher, die eine

Aufwandsentschädigung erhalten.

■ unabhängige Asylverfahrensberatung in allen Aufnahmezentren und Erstaufnahmeeinrichtungen (EAE), wobei die Orientierung über die Abläufe und eine unabhängige Beratung vor Beginn des Asylverfahrens sichergestellt werden.

■ gut ausgestattete Sozialdienste sowie die Gewährleistung medizinischer Versorgung und psychologischer Beratung in den Aufnahmezentren (AZ) und EAE.

■ Angebote zur Kinderbetreuung sowie zur Unterstützung besonders Schutzbedürftiger in den AZ und EAE.

■ Beschulung aller Kinder und Jugendlichen in allen EAE, in denen Geflüchtete länger als vier Wochen untergebracht werden.

■ keine unbefristete Unterbringung von Flüchtlingen in landeseigenen Lagern, stattdessen Verteilung der Geflüchteten unabhängig von der Bleibeperspektive nach erfolgter Asylantragstellung auf die Kommunen; ebenso keine Unterbringung in Kasernen, die in der Nähe von militärischen Einrichtungen liegen (Re-Traumatisierung).

■ eine flächendeckende Errichtung unabhängiger Beratungsstellen für Geflüchtete, die durch das Land gefördert werden.

■ institutionelle Förderung außerparlamentarischer Initiativen, die eine humane Flüchtlingspolitik zum Ziel haben.

■ Angebot bzw. Erweiterung entgeltfreier Sprach- und Integrationskurse, die nur durch Fachpersonal gegeben werden.

■ schnellstmögliche Unterbringung von Geflüchteten in Wohnungen statt in Gemeinschaftsunterkünften; Schaffung dezentraler integrativer Wohnmöglichkeiten und -projekte.

■ Ausweitung der Gesundheitsvorsorge und Behandlung von Erkrankungen auch außerhalb der Akutversorgung unter Berücksichtigung der psychischen Situation.

■ ein von Partner*innen unabhängiges Bleiberecht für Geflüchtete und die Anerkennung frauenspezifischer Fluchtgründe; keine Koppelung des Bleiberechts an den Fortbestand einer Ehe.

■ gesonderte Beratungskurse für sexuell verfolgte Menschen, vor allem für Frauen und Mädchen, in allen Regionen in dem Wissen, dass Frauen und Mädchen vielfach Opfer von Vertreibungen sind.

■ Umsetzung des Recht auf Bildung der Kinder und Jugendlichen unabhängig vom Stand des Asylverfahrens und der Bleibeperspektive; dabei zügige und sensible Integration geflüchteter Kinder und Jugendlicher mit psychologischer und pädagogischer Begleitung durch Fachkräfte.

■ Aufhebung des Arbeitsverbots für Geflüchtete.

■ aufschiebendes Vetorecht der Härtefallkommission gegenüber Abschiebungen, wobei die Voraussetzungen für Eingaben an die Härtefallkommission abgesenkt werden.

■ Das Grundrecht auf Asyl muss umfassend wiederhergestellt werden und

soziale Einrichtungen, die die Wahrnehmung und Verwirklichung der Grundrechte ermöglichen, finanziell, personell und inhaltlich massiv gestärkt, ausgebaut und für alle zugänglich gemacht werden. Gegen Nationalchauvinismus und die menschenverachtende Ungleichheitsideologie von rechts setzt DIE LINKE Niedersachsen ein Zusammenleben aller Menschen in Frieden und Solidarität. Die Willkommenskultur in Niedersachsen muss auch institutionell gewürdigt werden.

Antifaschismus – gemeinsam für Verbesserung statt Spaltung von rechts

Während viele Tausend Menschen sich solidarisch in der Betreuung und Versorgung von Geflüchteten engagieren und gegen Menschenhass auf die Straße gehen, ist im rechten Spektrum und z. T. bis in die Mitte der Gesellschaft hinein eine Verrohung des gesellschaftlichen Klimas zu beobachten. Geistige Brandstifter von NPD und AfD bis Pegida schüren rassistische Vorurteile gegenüber Asylsuchenden und propagieren ein Menschenbild, das von Ungleichheit und Ungleichwertigkeit geprägt ist. Sie versuchen, die gesellschaftlich weit verbreitete Unzufriedenheit mit der allgemeinen sozialen Lage, gegen Geflüchtete zu wenden, um von den Ursachen sozialer Probleme abzulenken. Während sich die Bundesregierung ihres vorgeblichen Humanismus rühmt, verschärft sie das Asylrecht, und die SPD-Grüne Koalition aus Niedersachsen stimmt dem im Bundesrat oft zu.

Die rechte Szene ist eine alltägliche Bedrohung für zahlreiche Menschen in Niedersachsen. Auch hier gibt es Übergriffe gegen geplante oder bereits bewohnte Flüchtlingsunterkünfte, werden insbesondere Geflüchtete, Migrant*innen, Schwule und Lesben, Antifaschist*innen, Gewerkschafter*innen und viele andere, die nicht in ein autoritäres rechtes Weltbild passen, verbal und körperlich attackiert. Angesichts aktueller Zahlen der niedersächsischen Landesregierung, denen zufolge allein im Jahr 2016 rund 1622 rechte Straftaten gezählt wurden, bedarf es einer langfristigen Strategie gegen rechte Gewalt. Solidarität mit den Betroffenen gewinnt dabei ebenso an Bedeutung wie die uneingeschränkte Aufklärung über die wahren Ursachen sozialer Probleme sowie über die Mythenbildung im Zusammenhang mit der Flüchtlingsversorgung.

Als antifaschistische Partei stellt DIE LINKE. Niedersachsen sich ihrer Verantwortung und sagt jeder Form von Menschenfeindlichkeit den Kampf an!

Wir wirken für breite gesellschaftliche Bündnisse, die sich Nazis in den Weg stellen. Wir werden jedoch die regierenden Parteien immer daran erinnern, dass sie mit ihrer unsozialen, sozialdarwinistischen und rassistischen Politik einen wichtigen Beitrag zum Aufschwung von rechtsradikalen Parteien geleistet haben.

Gemeinsam mit vielen antifaschistischen Aktivist*innen, Gewerkschafter*innen, Initiativen und Organisationen arbeiten wir in Bündnissen gegen die Rechten. Rechten Aufmärschen widersetzen wir uns mit zivilem Ungehorsam wie Blockaden und anderen Aktionsformen. Der Staat

darf antifaschistisches Engagement nicht behindern oder kriminalisieren. Faschistische Organisationen müssen konsequent verboten, rechte Straftaten effektiv verfolgt werden.

DIE LINKE fordert deshalb:

- das Verbot jeglicher faschistischer Gruppierungen und Organisationen.

- die Förderung von Aussteigerprogrammen für Angehörige der extremen Rechten.

- die Abkehr von rassistischen Verdrängungs- und Kriminalisierungspraktiken.

- eine stärkere Verbreitung von antifaschistischen Inhalten in Bildungs- und Kultureinrichtungen.

- eine Informations- und Dokumentationsstelle für Menschenrechte, Grundrechte und Demokratie mit der Aufgabe der Dokumentation sowie der öffentlichen Aufklärung über neonazistische und andere menschenfeindliche Ideologien.

- konsequentes Vorgehen gegen Hass-Sprache („hate speech“).

- keine Diffamierung oder Kriminalisierung antifaschistischer Initiativen.

- die Unterstützung von Projekten und Initiativen gegen Neofaschismus.

- einen Ausbau des Schutzes vor rassistischer Ausgrenzung und Gewalt, z. B. durch flächendeckende Informations- und Beratungsstellen.

- den 8. Mai als gesetzlichen Feiertag der Befreiung vom Faschismus.

- Aufarbeitung der bisherigen V-Leute-Praxis beim Verfassungsschutz.

- Erhalt und Ausweitung der Mahn- und Gedenkstätten für die Opfer des Faschismus sowie des antifaschistischen Widerstands.

Europa

Die EU ist in der bestehenden Form ein neoliberales, antidemokratisches und militaristisches Konstrukt. DIE LINKE setzt diesem derzeitigen Europa ein Europa der Solidarität, des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit entgegen. Europas Zukunft muss „mehr Demokratie und Ausgleich“ lauten, nicht weniger. Wir wollen die europäischen Institutionen demokratisieren und die undemokratische Machtstruktur von Banken und Konzernen brechen. Statt die „Festung Europa“ durch Kriegsführung, Rüstungsexporte und das menschenverachtende Frontex-Regime auszubauen, muss Europa endlich eine friedliche und solidarische Außenpolitik einleiten und zu einem humanen Umgang mit Flüchtlingen finden. Wir stehen dafür, dass jedes Mitgliedsland das demokratische Recht hat, aus dieser EU auszutreten.

Uns leitet die Überzeugung, die ursprüngliche europäische Idee der Demokratie, des Friedens, der Solidarität und der sozialen Gerechtigkeit von Niedersachsen aus zu leben. Für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort soll auch der gleiche Lohn gezahlt werden, unabhängig davon, aus welchem Land die arbeitenden Menschen kommen. Die europäische Idee könnte eine

zutiefst linke, internationalistische Idee sein. Unsere Idee basiert auf den Säulen der Demokratie, des Friedens, der Solidarität und der sozialen Gerechtigkeit. 60 Jahre nach Abschluss der römischen Verträge befindet sich die Europäische Union (EU) jedoch in ihrer schwersten Krise. In der so genannten „Flüchtlingskrise“ setzen immer mehr Staaten auf Abschottung und Nationalismus. Rechtspopulisten und offen faschistische Parteien machen sich diese Stimmung in immer mehr Staaten zunutze. Der Umgang mit Griechenland seit der Finanzkrise hat gezeigt, dass sich die EU immer weiter von unserer Vorstellung eines solidarischen Europas entfernt.

Den wirtschaftlich schwächeren Ländern in Südeuropa wird eine Austeritätspolitik aufgezwungen, die zu katastrophalen sozialen Verhältnissen führt. Marktradikale und egoistische Politik ist an der Tagesordnung und lässt die Union zu einer reinen Wirtschaftsunion verkommen. Es droht die Aufstellung einer Europäischen Armee, die ohne Kontrolle durch das europäische oder die nationalen Parlamente für vermeintliche „europäische Interessen“ eingesetzt werden kann und so die Flüchtlingszahlen nur noch weiter in die Höhe treibt.

Niedersachsen erhält aus den verschiedenen Programmen der EU im aktuellen Förderzeitraum (2014-2020) immerhin 2,1 Milliarden Euro. Dabei zielen auch die niedersächsischen Landesprogramme zur Vergabe von EU-Mitteln in erster Linie auf die so genannte Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen, während Ziele wie die Angleichung unterschiedlicher Lebensbedingungen und Umweltschutz zu kurz kommen. Gelder fließen auch in Niedersachsen in vermeintlich zivile Forschungsprogramme wie „Horizont 2020“, die tatsächlich verdeckte Rüstungsforschungsprogramme sind oder in millionenschwere Prestigebauten wie das neue Hauptgebäude der Universität Lüneburg, dessen Gesamtkosten derzeit auf rund 100 Millionen Euro geschätzt werden.

Für Außenstehende ist es kaum nachvollziehbar, wie die zur Verfügung stehenden Fördermittel vergeben werden. Selbst in den Verwaltungen der Kommunen und Landkreise sorgt die unübersichtliche Förderlandschaft häufig für Verwirrung. Es ist daher auch verständlich, wenn es in der Bevölkerung immer wieder Zweifel daran gibt, ob bei der Fördermittelvergabe alles mit rechten Dingen zugeht und wie man an Fördermittel z. B. für kulturelle oder soziale Vorhaben kommt. Daran hat auch die Einrichtung der Ämter für regionale Landesentwicklung wenig geändert. Obwohl der größte Teil der in Deutschland erlassenen Gesetze durch europäische Vorgaben bestimmt ist, unterschätzen immer noch die meisten der hier lebenden Menschen die Bedeutung der Europäischen Union für ihre Lebensbedingungen. DIE LINKE wird im Niedersächsischen Landtag auch weiterhin in dieser Frage Aufklärung und Transparenz schaffen, um dem Trend zu einer immer geringeren Wahlbeteiligung bei Europawahlen entgegenzutreten.

DIE LINKE fordert daher:

- eine Ausrichtung der Programme zur Vergabe von EU-Mitteln auf Nachhaltigkeit und regionale Wirtschaftskreisläufe

sowie eine Angleichung der Lebensbedingungen und einen fairen Umgang mit anderen Ländern im Außenhandel.

■ eine Bundesratsinitiative für ein soziales, solidarisches, ökologisches und friedliches Europa.

■ die vollständige, klare und offensive Information über vergebene EU-Mittel – wer hat wieviel wofür bekommen?

■ die vollständige, klare und offensive Information über die Möglichkeiten zur Beantragung von EU-Fördermitteln.

■ eine effizientere und transparentere Gestaltung der Beteiligung des Landtags an der europäischen Gesetzgebung.

■ eine niedersächsische Informations- und Bildungsstrategie „europabewusst machen“, damit alle wissen, welche Bedeutung die Europäische Union hat.

■ die Stärkung des Europäischen Informationszentrums (EIZ).

Der Frieden als A und O unseres Wirkens

In der Welt vollziehen sich grundlegende Veränderungen. Die Vorherrschaft der USA als einzige verbliebene Supermacht ist infrage gestellt. Eine multipolare Welt ist im Entstehen begriffen. Die Europäische Union versucht zunehmend aggressiv, ihre Stellung in der weltweiten Auseinandersetzung um Macht, Einfluss und natürliche Ressourcen auszubauen. Kriege gelten führenden Kräften der USA, der NATO und der EU als taugliches Mittel der Politik. Der Schutz der Menschenrechte und der Kampf gegen den Terror werden als Vorwände missbraucht, um Kriege aus niederen Beweggründen zu legitimieren. Der globalisierte Kapitalismus trägt jetzt und in Zukunft zum Zweck der Eroberung von neuen Absatzmärkten entscheidend zur Entstehung von Kriegen, aber auch von Umweltkatastrophen, Armut und Hunger bei.

Die Bundeswehr ist mittlerweile an Militäreinsätzen in Europa, Asien und Afrika sowie im Mittelmeer und am Horn von Afrika beteiligt und soll nach dem Plan der NATO unter dem CDU-geführten Kriegsministerium mit dem Slogan „Mehr Verantwortung in der Welt übernehmen“ weiter zu einer aggressiven Angriffsarmee aufgerüstet werden. Der Wehr-Etat soll bis 2024 von 30 auf 60 Milliarden Euro verdoppelt werden. Die Bundesrepublik befeuert damit das weltweite Wettrüsten, derweil Deutschlands Rüstungsindustrie, – mit dem Segen der SPD – durch ihre Waffenexporte weiterhin Spitzengeschäfte mit dem Tod macht.

Waffen herstellende und exportierende Betriebe und rüstungsforschende Einrichtungen machen Niedersachsen zu einem bedeutenden Rüstungsstandort in der Bundesrepublik. Niedersachsen ist zudem eins der wichtigsten Aufmarsch- und Durchgangsgebiete für die NATO und bietet der Bundeswehr einen der wichtigsten Truppenübungsplätze – Niedersachsen ist das am umfassendsten militarisierte Bundesland. Krieg, Zerstörung und die Vertreibung von Millionen von Menschen aus ihren Heimatländern werden auch hier vor Ort vorbereitet. Niedersachsen muss stattdessen zu einem Land werden, von welchem aus Kriegsursachen bekämpft

werden und Menschen international geholfen wird.

Niedersachsen als Friedensstifterin

DIE LINKE. Niedersachsen steht an der Seite aller Völker und setzt sich für eine Politik ein, die konsequent an Frieden, Abrüstung und internationaler solidarischer Zusammenarbeit orientiert ist – als Teil der Friedensbewegung für eine zivile Entwicklung. Wir setzen uns daher ein für:

- die Beendigung aller Auslandseinsätze sowie als ersten Schritt den Austritt Deutschlands aus der NATO, langfristig die Auflösung der NATO. Niedersachsen kann die Bundesregierung über Initiativen im Bundesrat und öffentliche Erklärungen unter Druck setzen.

- den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland.

- von Niedersachsen ausgehende Initiativen für europaweite Städte-Kommunikationen zur Förderung von Solidarität und Verständnis.

- die Schließung des NATO-Truppenübungsplatzes Bergen, des Fliegerhorsts Wunstorf und anderer Militäreinrichtungen in Niedersachsen wie Munster und Nordhorn Range – denn Krieg fängt hier an.

- die Sperrung von Schienen, Straßen, Häfen (z. B. Nordenham und Emden) und Flughäfen für Rüstungsexporte und Kriegslogistik.

- die strikte Trennung von Polizei und Militär. Der Einsatz der Bundeswehr im Inneren ist über den Bundesrat zu unterbinden.

- die Erstellung eines jährlichen, öffentlich zugänglichen Rüstungsberichts, in dem die Produktion, die Erforschung sowie der Ex- und Import von Rüstungsgütern in Niedersachsen erfasst werden.

- durch das Land Niedersachsen initiierte und finanziell geförderte Treffen aller Gemeinden: „Mayors for peace“.

- die Beendigung von Rüstungsexporten aus Niedersachsen in die Türkei; Rheinmetall darf keine Außenstelle in der Türkei gründen.

- die Abschaffung des so genannten „Celler Trialogs“, an dem Politik, Wirtschaft und Militär teilnehmen.

Rüstungskonversion hin zu sinnvoller Arbeit

DIE LINKE. Niedersachsen steht für die Vergesellschaftung und Umwandlung der Rüstungsproduktion sowie ihrer Arbeitsplätze in zivile Arbeit. Es braucht eine neue Wirtschaftsstruktur, die der sozialen, ökologischen und friedlichen Entwicklung unserer Gesellschaft dient. Wir wollen Investitionen in soziale Gerechtigkeit statt Rüstung und Militär. Daher setzen wir uns ein für:

- die Bildung eines Konversionsbeirates unter Beteiligung von Kommunen, Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräten sowie Umwelt- und Friedensorganisationen, der ein Konzept zur Umwandlung militärischer in zivile Arbeitsplätze ausarbeitet. Ideen dazu sind z. B. der Ausbau

und die Wartung des Schienennetzes zum Gütertransport.

■ eine ausreichende Finanzierung für ein Konversionsprogramm, mit dem eine entsprechende Qualifizierung für alle betroffenen Beschäftigten gesichert wird.

■ einen „Masterplan Friedensflächen", bei dem die bislang noch militärisch genutzten Flächen in zivil genutzte Flächen umgewandelt werden. Insbesondere soll die Heide zu einem UNESCO-Biosphärenreservat gemacht und die im so genannten „Fliegerhorst" Wunstorf hergestellten Flugzeuge zivil statt militärisch genutzt werden.

■ eine Altlastensanierung der durch den jahrzehntelangen Militäreinsatz belasteten Flächen auf niedersächsischem Gebiet aus Bundesmitteln.

■ die Umwandlung von Militärlogistik in einen international einsetzbaren Katastrophenschutz.

■ vollständige kommunale Rechte für „gemeindefreie Bezirke" und Kommunen, die auf Truppenübungsplätzen liegen, und die Unterstützung von Initiativen, die Truppenübungsplätze (Bergen) sozial-ökologisch-nichtmilitärisch umwandeln wollen (als ersten Schritt).

Bildung, Kultur und Wissenschaft für den Frieden

DIE LINKE. Niedersachsen steht dafür, dass die Lehre aus den beiden Weltkriegen sowie den vielen Kriegen von heute nicht vor Bildungs- und Wissenschaftsinstitutionen Halt macht. Krieg beginnt in den Köpfen. Bildung, Kultur und Wissenschaft müssen daher über die Ursachen von Kriegen und Flucht aufklären, die Bedeutung von Völkerverständigung und internationaler Solidarität hervorheben und dazu ermuntern, für den Frieden aktiv zu werden. Dafür kann die Landeszentrale politische Bildung genutzt werden.

DIE LINKE setzt sich ein für:

■ ein Verbot von Rüstungsforschung und die Förderung von friedensorientierter Wissenschaft, die sich der sozialen und ökologischen Probleme unserer Zeit annimmt.

■ eine Umschichtung der bislang für die Rüstungsforschung verwendeten Fördermittel in die Forschung für Konversion, Renaturierung, Gesundheit etc.

■ ein Verbot der Bundeswehrpräsenz an Schulen, Unis, bei Berufsmessen und in der Ausbildung: Bundeswehr raus aus öffentlichen Räumen!

■ die institutionelle Förderung von Friedensarbeit in den Städten und Kommunen, z. B. von Friedensinitiativen, Geschichtswerkstätten, einer kritischen Erinnerungskultur, friedensorientierter Kunst und Kultur sowie den alljährlichen Friedensdemos.

■ die Aufnahme von verpflichtenden Gedenkstättenbesuchen in Schulen, pädagogisch aufbereitet für den jeweiligen Jahrgang.

■ die Entmilitarisierung Niedersachsens in den Bereichen Kultur sowie Traditions- und Denkmalpflege, z. B. in Form der Anbringung einer Gedenktafel in Nordenham als Ort des Umschlags

von „Agent Orange“ für den Einsatz im Vietnamkrieg.

■ die Umbenennung von Straßen und Plätzen, die an Militaristen und Faschisten erinnern, nach humanistisch gesonnenen Persönlichkeiten.

■ die Etablierung von antimilitaristischen Gedenktagen, wie dem Tag der Befreiung und dem Antikriegstag, als staatliche Feiertage.

■ die Beendigung der Förderung von militaristischen Strukturen durch Landesmittel, aktuell z. B. im Fall des Panzermuseums Munster; stattdessen die Unterstützung von Projekten wie einer „Friedens-Volkshochschule“ in Osterholz.

VI. Für ein ökologisches Niedersachsen

DIE LINKE verknüpft als einzige Partei die ökologische mit der sozialen Frage. Lebensqualität sowie gesunde Lebens- und Arbeitsbedingungen sind ohne einen echten sozialökologischen Umbau unserer Gesellschaft nicht möglich. Lasst uns damit endlich ernsthaft beginnen.

Die Energiewende beginnt vor Ort

Wir haben eine Vision, die technisch möglich, ökonomisch vernünftig, ökologisch zwingend und politisch bei einer stärkeren LINKEN im Landtag und im Bundestag auch machbar ist: Die Gewinnung von Energie erfolgt ausschließlich aus erneuerbaren Quellen. Die kommunale Energieversorgung wird vor Ort transparent, demokratisch und – wo möglich – genossenschaftlich, unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und der betroffenen Beschäftigten organisiert.

Sauberer Strom aus Wind, Sonne und Biomasse, Erdwärme und umweltfreundlich genutzte Wasserkraft in Niedersachsen – zu Beginn ein vielfach belächeltes Unterfangen von wenigen – sind lange ihren Kinderschuhen entwachsen. Sauberer Strom ist wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisch von hohem Interesse: In vielen niedersächsischen Regionen, so auch in strukturschwachen Räumen wie in Ostfriesland entstehen tausendfach sichere Arbeitsplätze – und das nicht nur in der Produktion, sondern auch im örtlichen Handwerk. Kommunen profitieren von den Gewerbesteuereinnahmen der Windparks, regionale Wirtschaftskreisläufe werden gestärkt.

Photovoltaik- und Solarthermieanlagen auf Dächern, insbesondere von öffentlichen Gebäuden, erzeugen große Mengen regenerativer Energie ohne jeglichen zusätzlichen Flächenbedarf. Daher sollten sie nicht auf landwirtschaftlich genutzten Flächen aufgestellt werden. Zudem wird dadurch die reale Energiewende für alle sichtbar.

Diese Beispiele zeigen, dass die Energiewende funktionieren kann, wirtschaftliche Entwicklung vor Ort schafft und akzeptiert wird. Doch sie stockt. Es passiert viel zu wenig von dem, was technisch machbar und politisch

notwendig ist, um möglichst schnell vollständig aus der Atomkraft und fossilen Energieträgern wie Kohle, Öl und Erdgas aussteigen zu können. Erdgas kann wegen seiner hochgradig klimafeindlichen Methanfreisetzung und gesundheitsschädlicher Förderbedingungen keine zu tolerierende Brückentechnologie sein.

Hauptgrund für den schleppenden Umstieg auf alternative Energiequellen ist die Untätigkeit der Bundesregierung, in der die Lobby der Energiekonzerne eine konsequente Energiewende blockiert. Das überarbeitete Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) von 2016 deckelt den Ausbau der erneuerbaren Energien; die Vergütungen für den sauberen Strom werden reduziert. Das vorgeschriebene Ausschreibungsverfahren bevorzugt Investoren gegenüber Genossenschaften. Die Pariser Klimaschutzziele von 2016 werden so nicht erreicht; es wurden keine konkreten Maßnahmen beschlossen.

Wirksamer Klima- und Atmosphärenschutz sieht anders aus – er ist untrennbar mit der Nutzung erneuerbarer Energien verbunden, die CO2-neutral sind.
Auch die niedersächsische Landesregierung trägt ihren Teil dazu bei, weil sie die verschiedenen regionalen Initiativen nicht konsequent zu einem energiepolitischen Leitbild zusammenfügt, weil sie die Kommunen als mögliche Partner*innen ignoriert und mit der Bevorzugung der Offshore-Windenergie eher die Kapitalinteressen der großen Energiekonzerne im Blick hat als eine ökologisch ausgewogene, sozial verträgliche und für die Verbraucherinnen und Verbraucher, aber auch für die Wirtschaft kostengünstige und sicher ausgestaltete Energiewende. Dazu gehört die Erkenntnis, dass die angewendeten Energieversorgungsstrukturen des letzten Jahrhunderts nicht eins zu eins auf regenerative Energiequellen übertragen werden können: Wind und Sonne, Biomasse und Wasser brauchen keine riesigen Kraftwerkseinheiten. Sie müssen nicht über Tausende von Kilometern transportiert werden. Produktion und Verbrauch können regional organisiert werden. Dazu braucht keiner die großen Energiekonzerne, die den Strom für die privaten Haushalte und kleinen Unternehmen viel zu teuer machen, und deren Einfluss auf die Politik undemokratisch ist.

Das Energieeinsparpotenzial ist längst nicht ausgereizt, sowohl im Verkehrsbereich als auch bei der Energienutzung im gewerblichen und privaten Bereich. Dieses endlich umzusetzen, nutzt der Umwelt und ist gleichzeitig kostengünstig für die Nutzerinnen und Nutzer.

Die ökologische Energiewende aus energetischer Sanierung, Energieeffizienz und dem zügigen Ausbau dezentraler alternativer Energieversorgung muss mit Landesmitteln in Forschung und Umsetzung intensiv gefördert werden. Sie muss sozial gestaltet werden und geht einher mit einer Umkehr der Tarifstrukturen, nach denen bisher die Kleinverbraucher*innen hohe, die Großverbraucher*innen aber niedrige Tarife zahlen. Die Kommunen, in denen die Preisgestaltung sich vor allem an sozialen Kriterien orientiert, sind besonders zu fördern. Strom-, Wasser- und Gasabschaltungen sind gesetzlich zu untersagen.

Wir brauchen öffentlich kontrollierte, kommunal oder genossenschaftlich verwaltete Energiewerke, die die Möglichkeiten nutzen, durch intelligentes Stoffstrom-Management die erneuerbaren Energien vor Ort (Wasser, Wind, Sonne, Abwärmenutzung biologischer Prozesse) optimal miteinander zu verzahnen und mit der energetischen Sanierung aller Gebäude zu verknüpfen. Das Land muss sowohl durch Forschungsförderung, als auch durch direkte Förderung der Kommunen diese dezentrale Energiewende energisch unterstützen.
Stromversorgungsnetze gehören in öffentliche Kontrolle, am besten in die Hand kommunaler Versorgungsverbünde oder von Energiegenossenschaften.

DIE LINKE fordert:

■ Niedersachsen muss eine Vorreiterrolle im Klimaschutz übernehmen, die über die bisherigen Beschlüsse im Rio+20-Prozess hinausgeht. Dazu bedarf es eines Landesprogramms für eine Klimaneutralität Niedersachsens bis zum Jahr 2040 mit regionaler Umsetzung (wie z. B. im LK Göttingen).

■ auch bei Energietechnologiefirmen in Niedersachsen mit ökologischem Anspruch ist auf die Einhaltung gewerkschaftlicher Rechte und Tariftreue zu achten; andernfalls sind sie von öffentlichen Aufträgen auszuschließen. Gute Arbeit und gute Energie gehören zusammen.

■ über die die landeseigene NBank soll flächendeckend eine warmmietenneutrale Förderung insbesondere von großen Wohnanlagen erfolgen (Stichwort: Mieterstromkonzept).

■ die Landesregierung soll auf die Energieversorger*innen einwirken, ihre Tarife so zu gestalten, dass eine preisgünstige Grundversorgung gewährleistet und zur Gegenfinanzierung überdurchschnittlicher Verbrauch teurer gemacht wird.

■ Tarife und Stromeinspeisezeiten bei Elektrospeicheröfen sollen so gestaltet werden, dass sie Überkapazitäten der Windenergie zu Heizzwecken nutzen können.

■ alle Landeseinrichtungen müssen umgehend auf regenerative Energieträger und auf Blockheizkraftwerke umgestellt werden.

■ an Gebäuden von Landeseinrichtungen sollen geeignete Flächen zur Solarenergiegewinnung genutzt werden.

■ industrielle Abwärme soll über Fernwärmenetze in die Wohnungen geleitet werden.

■ Baumaterialien zur Wärmedämmung müssen absolut schadstofffrei sein.

■ Wenn die Energieversorgung dezentralisiert ist, können neue große Stromtrassen, falls überhaupt noch notwendig, deutlich reduziert und die dann noch notwendigen Trassen beispielsweise parallel zu vorhandenen Autobahn- und Eisenbahntrassen unterirdisch geführt werden.
Wir stehen daher an der Seite der Bürger*inneninitiativen, die sich für eine dezentrale Energieversorgung einsetzen.

■ Bei der Windenergie muss vorrangig die Onshore-Windkraft gegenüber

großen Offhore-Windparks genutzt werden. Mit einem eigenen niedersächsischen Repowering-Gesetz muss die Nutzung insbesondere von Onshore-Windkraftanlagen erleichtert und effektiviert werden.

■ Die Genehmigung von Windkraftwerken soll zukünftig mit der parallelen Vorhaltung von Speichersystemen für Strom und Wärme kombiniert werden. Dazu soll es Zuschüsse und Landesdarlehen über die Niedersächsische Energie- und Klimaagentur geben.

■ Über den Bundesrat muss Niedersachsen alles unternehmen, um die Förderung der Solarenergie im EEG insbesondere für Kleinanlagen im ausreichenden Maße zu erhalten.

■ Landesmittel für die Entwicklung der Speichererforschung müssen zur Verfügung gestellt werden.

■ Auch dezentrale Pumpspeicherwerke in Verbindung mit Biogas- und Photovoltaikanlagen können ergänzend umweltfreundliche Energie liefern.

■ Die Vorzüge von Biogas sollen genutzt und die heute damit verbundenen negativen Auswirkungen beendet werden. Dazu ist es notwendig, den Kommunen mehr Planungsrechte einzuräumen. Dafür unerlässlich ist eine Änderung des Baugesetzbuches, wodurch ein kommunaler Planungsvorbehalt analog zu den Regelungen für die Genehmigung von Windenergieanlagen eingerichtet wird. Die „Fütterung“ von Biogasanlagen darf ausschließlich mit heimischen land- und forstwirtschaftlichen Rückständen und nicht mit verfütterbarem Grünschnitt erfolgen. Den zusätzlichen Anbau spezifischer energiereicher Pflanzen wie Mais zum ausschließlichen Biogaseinsatz lehnen wir ab. Außerdem muss die entstehende Wärme in diesen Blockheizkraftwerken genutzt werden und der Schutz von Mensch und Umwelt vor Keimen, Abgasen und Grundwasserverunreinigungen gewährleistet sein.

■ Die Niedersächsische Klimaschutz- und Energieagentur (KEAN) muss noch stärker als bisher den Weg für ein regeneratives Niedersachsen und effektiven Klimaschutz ebnen – konzeptionell und finanziell. Sie muss daher vom Land personell verstärkt und finanziell besser ausgestattet werden.

■ Die von der LINKEN vorgeschlagene dezentrale Energiewende würde zu einer deutlichen Reduzierung des Ausstoßes von Klimagasen führen. Das wäre ein wirksamer Beitrag von Niedersachsen im Rio+20-Prozess, um zur Rettung des Weltklimas beizutragen.

Den unverzüglichen Atomausstieg realisieren

Wir haben die Vision eines strahlenfreien Niedersachsens für uns und die nachfolgenden Generationen.
Wir sollten uns aber nicht der Illusion hingeben, dass die immensen Schäden an Mensch und Umwelt durch die so genannte „friedliche Nutzung der Kernenergie“ der letzten rund 50 Jahre von uns Menschen vollständig beseitigt werden können. Wir können nur versuchen, die entstandenen Belastungen zu reduzieren und durch einen umgehenden, konsequenten Atomausstieg weitere Folgeschäden zu verhindern.
An keinem Ort in Deutschland ist so

viel radioaktiv strahlender Müll gestapelt wie in Gorleben im niedersächsischen Wendland. Keine Region ist durch den Widerstand der dort lebenden Menschen und der vielen Tausend, die sie aus ganz Europa unterstützen, so zum Symbol des Kampfes gegen den atomaren Wahnsinn geworden. Daher hat die DIE LINKE als einzige Partei im Bundestag dem Bericht der Endlagerkommission nicht zugestimmt, weil der Standort Gorleben darin als eine Option beibehalten wird.

Das marode Atommülllager Asse II bei Wolfenbüttel gilt als das größte Umweltproblem des Landes. Im ursprünglich als „Versuchsendlager" offiziell ausgewiesenen ehemaligen Salzbergwerk verrosten rund 126.000 Fässer mit radioaktivem und chemotoxischem Müll und drohen das Trinkwasser für uns, unsere Kinder, Enkel- und Urenkelkinder bis hin zu Weser und Elbe zu vergiften.

Laut Beschluss der Bundesregierung sollen die beiden niedersächsischen Atomkraftwerke Grohnde und Lingen noch bis Ende 2021 bzw. 2022 weiterbetrieben werden.

Die politisch Verantwortlichen für diese Verbrechen an der Zukunft unserer nachfolgenden Generationen sitzen in Berlin, aber auch in Hannover und in den Landesregierungen der Vergangenheit. Aber auch der jetzigen SPD-Grünen Landesregierung ist es nicht gelungen, Gorleben als mögliche Endlageralternative endgültig zu streichen. DIE LINKE kämpft in enger Zusammenarbeit mit den Bürger*inneninitiativen im Wendland, um Schacht Konrad, um die Asse, um die Atomkraftwerke Grohnde und Emsland sowie die Brennelementefertigung in Lingen energisch für einen unumkehrbaren Atomausstieg und für eine andere Energiepolitik. Dabei konzentrieren wir uns auf folgende Kernforderungen:

- die Beendigung der Produktion weiteren Atommülls durch die unverzügliche Stilllegung aller Atomanlagen.

- die Beteiligung der Öffentlichkeit an den Stilllegungsverfahren für die niedersächsischen Atommeiler.

- die Durchsetzung des unverzüglichen Atomausstiegs bei einem schnellstmöglichen Abschluss des Ausstiegs und einer sicher verbunkerten Aufbewahrung des Atommülls; jeder Lagerungsschritt muss technisch revidierbar sein.

- Alle Vorhaben, radioaktiven Abfall in Salz „end"zulagern, sind gescheitert. Sie müssen sofort eingestellt und das geologisch völlig untaugliche Endlager in Gorleben endgültig aufgegeben werden.

- keine Vorfestlegung auf mögliche Atommülllager, weder geografisch noch auf spezifische geologische Formationen.

- die unverzügliche und vollständige Rückholung und sichere Zwischenlagerung des radioaktiven und chemotoxischen Mülls in der Asse; die Asse muss danach zügig saniert werden.

- die Verhinderung der Inbetriebnahme des Endlagers Konrad.

- die Schließung der atomaren Brennelementfertigungsanlage in Lingen.

■ die Sperrung der niedersächsischen Häfen für den Transport von Atombrennstäben und Atommüll.

■ die Veröffentlichung der Katastrophenpläne für noch existierende Atomanlagen.

■ die Unterbindung jeglicher Bestrebungen, Atomanlagen inmitten oder in der Nähe von Wohngebieten zu schaffen oder zu vergrößern; wie es z. B. die Firma Eckert & Ziegler Nuclitec am Standort Braunschweig praktiziert.

■ eine Bundesratsinitiative, damit Deutschland aus dem Euratom-Vertrag aussteigt, der Europäischen Atombehörde, für die weiterhin „die Kernenergie eine unentbehrliche Hilfsquelle für die Entwicklung und Belebung der Wirtschaft und für den friedlichen Fortschritt darstellt“ (aus der Präambel des Euratom-Vertrages).

■ eine Bundesratsinitiative, die dafür sorgt, dass die Energiekonzerne für eine sichere Zwischenlagerung des Atommülls deutlich stärker zur Kasse gebeten werden als es die Bundesregierung mit Unterstützung der Grünen zum jetzigen Zeitpunkt mit ihnen vereinbart hat.

■ Wir lehnen den Freikauf der Atomkonzerne von den Kosten der Endlagerung ab. Sie sollen die gesamten Kosten für die Endlagerung übernehmen.

Verkehrspolitik: Mobilität für alle – unverzichtbar für soziale Gerechtigkeit

individuelle Mobilität für alle sichern – sie ist eine wichtige Grundlage der persönlichen Entfaltung. Mobilität ist weit mehr als die Nutzung des motorisierten Individualverkehrs. Daher ist ein konsequenter die Voraussetzung für ein soziales und ökologisches Verkehrssystem und eine zentrale landespolitische Herausforderung. Ein Umweltverbund aus Fußgänger*innen, Radfahrer*innen und Öffentlichem Nahverkehr muss Vorrang vor dem individualisierten motorisierten Individualverkehr haben. LINKE Verkehrspolitik heißt, dass wir niemanden an der Haltestelle stehen lassen.

LINKE Verkehrspolitik umfasst stets eine starke soziale Komponente, denn Mobilität ist ein Grundrecht. Wir müssen daher dafür sorgen, dass alle Menschen vernünftig an den Öffentlichen Personennahverkehr angeschlossen werden – unabhängig von ihrem Wohnort oder Geldbeutel.

Die niedersächsische Verkehrspolitik braucht eine soziale und ökologische Wende.

Die Landesregierung favorisiert wie ihre Vorgängerin einseitig die Straße. Im Schienenverkehr wurden lediglich untaugliche Großprojekte wie die so genannte Y-Trasse angeschoben. Im Bereich des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) versucht die Landesregierung durch die Landesnahverkehrsgesellschaft (LNVG) hier und da Qualitätskriterien festzulegen – allerdings ohne schlüssiges Gesamtkonzept.

Für DIE LINKE gelten die Grundsätze der Verkehrsvermeidung, des Prinzips „Kurze Wege zu Fuß und per Fahrrad“ sowie der Verlagerung des Verkehrs auf

Schienen und Wasserwege. Güterverkehr gehört weg von den Straßen. DIE LINKE steht für einen Wiederaufbau der Schienengüterverkehrsinfrastruktur. Um die bestehenden Defizite zu beheben, wollen wir nach der Wahl Folgendes unternehmen:

- ein landesweites Maßnahmenprogramm für den barrierefreien Ausbau des ÖPNV und SPNV durchsetzen. Dazu gehören zusätzliche Mittel für die Auftraggeber*innen wie den Großraumverkehr Hannover (GVH) und den Zweckverband Großraum Braunschweig über die zu knappen Regionalisierungsmittel hinaus. Wir fordern die Weiterführung des Projekts Regiostadtbahn Braunschweig durch die LNVG.

- eine Mobilitätsabgabe von Wirtschaftsunternehmen zum ÖPNV, die sich z. B. nach der Anzahl der Beschäftigten und dem Einzugsgebiet richtet.

- die Einführung von Tempo 30 in geschlossenen Ortschaften.

- die Einführung eines zuschlagfreien flächendeckenden und integralen Stundentaktes bis in den späten Abend und an Wochenenden auf möglichst allen niedersächsischen Bahnstrecken und abgestimmt auf möglichst alle Buslinien.

- die Sicherung einer vernetzten Anbindung jeder Ortschaft im Land.

- die Einführung eines einheitlichen, einfacheren und billigeren Tarifsystems für alle Busse und Bahnen in den Niedersächsischen Verkehrsverbünden mit max. 15 Euro für alle sowie die ergänzende Einbeziehung der im Sozialkapitel beschriebenen Niedersachsencard als ersten Schritt hin zu einem entgeltfreien Nahverkehr. Schüler*innen, Auszubildende, Studierende und Sozialleistungsberechtigte sollen den ÖPNV sofort entgeltfrei nutzen dürfen.

- Die verschiedenen ÖPNV-Systeme im Land sollen als ersten Schritt hin zum landesweiten entgeltfreien ÖPNV vertraglich über die Kreisgrenzen hinaus einen einheitlichen Tarif anbieten, der sich an den gefahrenen Kilometern orientiert.

- den Umbau der Straßenplanungsämter des Landes und der Kommunen zu Mobilitätszentren, die alle Verkehrsträger*innen gleichberechtigt in ihre Bedarfs- und Bauplanungen einbeziehen.

- den Start eines niedersächsischen Fahrradwegeausbauprogramms und die Rechtsverpflichtung bei Landesstraßen zum Bau begleitender Fahrradwege, ohne dass diese Maßnahme als Argument zur Reduzierung des ÖPNV genutzt werden.

- die Fortsetzung des Programms für Radschnellwege.

- den Neubau bzw. die Reaktivierung regionaler Güterbahnhöfe unter Beachtung der berechtigten Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner an besserem Schutz vor Schienenlärm.

- guter Lärmschutz entsprechend dem jeweiligen aktuellen Stand der Technik und Umgehungsstrecken an den Güterverkehrsstrecken zum und vom Jade-Weser-Port sowie andernorts.

■ baulicher Lärmschutz durch so genannte Flüsterstrecken (wie z. B. in der Schweiz und den Niederlanden) statt durch Lärmschutzwände.

■ die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken.

■ die Hinterlandanbindung des Jade-Weser-Ports durch eine Bahntrassenführung, die auf Mensch und Natur Rücksicht nimmt; den Bau einer Umgehungstraße außerhalb der Innenstadt Oldenburgs entlang der A29.

■ den Ausbau des „Kleinen Y“, also der bestehenden Strecke Wunstorf-Verden und von dort weiter nach Bremen bzw. Rotenburg (Wümme), anstelle der Y-Trasse.

■ ein Reaktivierungsprogramm für den Personenschienenverkehr: mindestens eine reaktivierte Bahnstrecke pro Jahr, die Wiedereröffnung von Bahnhöfen, Trassensicherungsverträge gegen weiteren Abbau und die Unterstützung örtlicher Initiativen.

■ die Wiedereinführung eines zuschlagfreien Zugsystems; Interregio als umsteigefreies Fernzugsystem. Hierbei müssen auch mittelgroße Orte angebunden werden.

■ Vom Land geförderter Schienenverkehr braucht keine 1. Klasse. Stattdessen soll ausreichend Stauraum für Rollstühle, Kinderwagen, Fahrräder und Gepäck zur Verfügung stehen. Besonders stark ausgelastete Züge müssen verlängert oder durch zusätzliche Verstärkerzüge entlastet werden.

■ Die Genehmigung von Gewerbeflächen darf nur bei vorhandenem Gleisanschluss erfolgen.

■ nichtkommerzielle E-Car-Sharing-Angebote sowie die Errichtung von Park-and Ride-Stellplätzen mit Ökostrom-Ladestationen für gemeinsame Verkehrspendler*innen müssen vom Land gefördert werden.

■ eine Förderung von Fahrgenossenschaften und genossenschaftlichen Mobilitätszentralen durch das Land Niedersachsen.

■ eine Förderung von E- und Hybridbusse durch das Land Niedersachsen.

■ die Verhinderung der Genehmigung der Fahrerlaubnis für Gigaliner.

■ die ernsthafte Prüfung der Möglichkeit von „autofreien“ Sonntagen (3-4 x im Jahr) in Verbindung mit kostenlosem ÖPNV und S(chienen)PNV als Signal gegen die bisherige Vorrangsstellung des motorisierten Individualverkehrs.

■ die Verhinderung des Baus der A20, der A33 und der Verlängerung der A39.

■ grundsätzlich kein Neubau von Umgehungsstraßen durch das Land, aber Reparatur vorhandener Straßenflächen.

■ die eindeutige Positionierung Niedersachsens auf Bundesebene gegen die Privatisierung von Autobahnen.

■ Die Binnenwasserstraßenpolitik auf Flüssen muss ökologisch ausgerichtet werden. Binnenschifffahrtswege sind in Niedersachsen sinnvolle (Ergänzungs-) Transportwege für Massengüter und Containerfracht. Wir fordern die An-

passung von Schleusen und Häfen für Flachwasserschiffe. Binnenschiffe müssen sich den zu befahrenden Flüssen anpassen

Soziale und ökologisch orientierte Landwirtschaft stärken

Unsere Vision: Landwirtschaft wird so praktiziert, dass der Boden und die Natur möglichst wenig geschädigt werden und die dort Tätigen ein ausreichendes wirtschaftliches Einkommen haben. Tiere sollen so gehalten werden, dass sie Platz haben, nicht verstümmelt werden und Arzneimittel nur bekommen, wenn sie krank sind. Wir wollen eine Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft im Einklang mit der Natur. Nachhaltiges Wirtschaften soll belohnt werden.

Viele landwirtschaftlich geführte Familienbetriebe kämpfen in Niedersachsen ums Überleben. Während die Boden- und Pachtpreise ständig steigen, reichen die Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte schon lange nicht mehr zur Sicherung der bäuerlichen Existenz. Massentierhaltung, Gentechnik und chemische Rückstände in Fleisch und Boden zerstören die Grundlagen der Lebensmittelproduktion auf Dauer und gefährden über Nitrateinträge das Trinkwasser. Die Böden werden zur Beseitigung tierischer Abfälle missbraucht und die Kosten für die Wasseraufbereitung werden von der Allgemeinheit getragen.

Pestizide wie das krebserzeugende Glyphosat sind inzwischen in vielen Nahrungsmitteln, in der Muttermilch und dem Urin vieler Menschen nachweisbar. Die Emission von Stickoxiden und Ammoniak durch Tierhaltung stellt eine erhebliche Gefahr für die menschliche Gesundheit dar.

Die Fleischproduktion in Niedersachsen wird immer noch von Massentierhaltung bestimmt. In den Schlachthöfen gelten Niedriglöhne und der Missbrauch von Werkverträgen. Der exzessive Import von Futtermitteln und der Export von Fleisch führen zur Ausbeutung der Bäuerinnen und Bauern in Drittländern. Unter grausamen Bedingungen werden Schlachttiere auf engstem Raum zusammengepfercht durch die Republik transportiert.

Niedersachsen hat beim ökologischen Landbau großen Nachholbedarf.

DIE LINKE fordert deshalb:

- die Nahrungsmittelproduktion darf nicht dem Markt allein überlassen werden. Bäuerinnen und Bauern brauchen Erzeugerpreise, die ein Mindesteinkommen sichern.

- Überproduktion ist durch Mengenregulierung wie z. B. die Milchquote zu regulieren. Transferzahlungen sollten an soziale und ökologische Kriterien gebunden sein.

- verbesserte Programme zur Förderung des ökologischen und regionalen Landbaus.

- Regulierung der Bodenpreise und Bekämpfung der Bodenspekulation.

- die Förderung innerbetrieblicher Kreisläufe; mehr Tierfutter soll auf eigenen Böden produziert werden.

- die Förderung von Betrieben ohne

Torfverbrauch , so z. B. in Anzuchterden.

■ Biogasanlagen für pflanzliche Abfälle, nicht für den Missbrauch des Bodens mit der Monokultur Mais.

■ eine enge Begrenzung und Kontrolle des Einbringens von Düngemitteln und Gülle auf landwirtschaftlichen Flächen.

■ eine drastische Reduzierung des Pestizideinsatzes auf landwirtschaftlich und gärtnerisch genutzten Flächen.

■ eine niedersächsische Bundesratsinitiative für ein Ausbringungsverbot von Glyphosat in Deutschland.

■ die Demokratisierung des landwirtschaftlichen Kammergesetzes.

■ eine Bundesratsinitiative zur Neuregelung der landwirtschaftlichen Sozialgesetzgebung: Beitragshöhe nach dem Einkommen, nicht nach der Fläche.

■ die Förderung der artgerechten Tierhaltung durch bessere Standards für Platzangebot und Auslauf.

■ Das Verbot von Antibiotika als Masthilfe, schärfere Kontrollen des Arzneimitteleinsatzes, orientiert an der Tiergesundheit und nicht an der Profitmaximierung.

■ eine Bundesratsinitiative zur Einführung von Tierzahl-Obergrenzen in Betrieben der Massentierhaltung.

■ verstärkte Kontrollen gegen tierschutzwidrige Transporte.

■ Förderung der Artenvielfalt des Ackerbaus in geordneter Fruchtfolge statt „Vermaisung“ der Landschaft.

■ ein niedersächsisches Pilotprojekt zum Anbau von Hanf, der vielfältig genutzt werden kann und für die Bodenregenerierung sinnvoll ist.

■ ein Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände.

■ die Unterstützung des Genossenschaftswesens in der Landwirtschaft.

■ die Förderung der Regionalvermarktung von Lebensmitteln.

■ ein Verbot von Lebensmittelexporten in die so genannte 3. Welt, weil dadurch die örtlichen Versorgungsstrukturen zerstört werden.

■ die Verteilung von Lebensmittelresten aus dem Handel, die heute noch vernichtet werden, an soziale Einrichtungen zur Versorgung von Menschen in Not.

Verbraucherinnen und Verbraucher haben ein Recht auf Schutz und Beratung Wir wollen, dass in Zukunft jeder Mensch sicher sein kann, dass Lebensmittel, Verbraucher*innenprodukte und die Umweltmedien Wasser, Boden und Luft ihn nicht krank machen.

Wir stehen für einen sinnvollen Konsum: Statt kurzlebiger Produkte, die die Müllberge unnötig anwachsen lassen, wollen wir Geräte, die Arbeit schaffen, weil sie zu reparieren sind.

Unter der früheren CDU-geführten Landesregierung ist das Vertrauen vieler Verbraucherinnen und Verbraucher

in die Qualität unserer Lebensmittel zurückgegangen. Das hatte zwei handfeste Gründe: Zum einen war es das Ergebnis der neoliberalen Ideologie, nach der der Markt alles richten soll. Es liegt in der Logik dieses Gedankens, dass dann der Staat sich herauszuhalten habe aus dem „freien Spiel der Kräfte“ zwischen Produzent*innen und Verbraucher*innen. Zum anderen sind als Folge dieser ideologischen Verblendung die Stellen im Bereich des Verbraucher*innenschutzes massiv gekürzt worden.

Aber auch unter der jetzigen SPD-Grünen Landesregierung ist im Landesdienst trotz der gestiegenen Komplexität von verbraucher*innenrelevanten Produktionsprozessen nicht mehr, sondern Jahr für Jahr weniger fachkundiges Personal tätig, um die Sicherheit der von uns konsumierten Lebensmittel und genutzten Verbraucher*innenprodukte zu überwachen.

DIE LINKE fordert daher:

■ Der landwirtschaftliche Verbraucher*innenschutz wird über die im Agrarkapitel dieses Programms genannten Maßnahmen hinaus verbessert, indem die Stellen und Mittel für die Lebensmittelkontrollen und Weiterbildung im Landwirtschaftsministerium deutlich aufgestockt werden.

■ Alle Lebensmittel, vor allem aber Fleischprodukte, sollen hinsichtlich ihrer Herkunft, Erzeugungsweise und ihrer Inhaltsstoffe klarer gekennzeichnet werden. Wir setzen uns auf Bundesebene für eine so genannte „Lebensmittelampel“ bzw. „Nährwertampel“ ein, wie sie beispielsweise von foodwatch gefordert wird.

■ Weltweit wird fast die Hälfte der nutzbaren Ackerflächen zum Anbau von Futtermitteln für die Nutztierhaltung verbraucht. Für DIE LINKE beinhaltet eine ökologischere Wirtschafts- und Lebensweise auch die Reduktion des Fleischkonsums. Daher setzen wir uns für vermehrte Aufklärungsarbeit an niedersächsischen Schulen und Universitäten, z. B. durch Unterrichtseinheiten zur Nachhaltigkeit und ökologischen Ernährung ein.

■ In Deutschland landet fast die Hälfte aller produzierten Nahrungsmittel auf dem Müll. Daher setzen wir uns auf Bundesebene für ein Gesetz ein, dass es Supermärkten untersagt, unverkaufte Lebensmittel wegzuwerfen sowie für eine Entkriminalisierung des so genannten Containerns (das Aneignen von Lebensmitteln aus Abfall-Containern von Supermärkten).

■ Es muss eine mengenunabhängige Kennzeichnungspflicht von Zusatzstoffen in Lebensmitteln erfolgen.

■ Zum Verbraucher*innenschutz gehört der Schutz vor gefährlichen Chemikalien in Produkten ebenso dazu wie die Aufklärung über den geplanten Verschleiß von Dingen, die im Verbraucher*inneninteresse länger genutzt werden könnten. Wir fordern daher Mittel für den Aufbau von Reparaturbetrieben, damit es eine Alternative zur Wegwerfgesellschaft gibt. Mit einem Pilotprogramm aus Landesmitteln sollen kleine Handwerksbetriebe gefördert werden, die so subventioniert Haushaltsgeräte und andere Dinge des

täglichen Bedarfs reparieren. Durch eine Bundesratsinitiative sollen sie außerdem in den Genuss einer reduzierten Mehrwertsteuer von sieben Prozent kommen.

■ Die Verbraucher*innenzentralen (VZN) sollen durch Landesmittel weiter verstärkt werden, so dass auch in der Fläche eine ausreichende Verbraucher*innenberatung erfolgen kann.

■ Niedersachsen soll Ministerienübergreifende Landesinstitute für Verbraucher*innenschutz, für Umwelt- und Humantoxikologie, für klinische Umweltmedizin und für epidemologische Untersuchungen einrichten, um im Lande ausreichend Sachverstand zu haben, damit die Menschen vor gefährlichen Stoffen im Sinne des Vorsorgeprinzips geschützt werden können.

Niedersachsen – im Einklang mit der Natur: Schutz vor umwelt- und gesundheitsgefährdenden Stoffen aus Industrie, Verkehr und Landwirtschaft

Niedersachsen hat als Flächenland eine reichhaltige Natur. Natürliche Landschaftsbereiche, Pflanzen und Tiere sind aber auch hier in Gefahr. Mehr als die Hälfte der Fläche Niedersachsens wird landwirtschaftlich genutzt und ist mit der verbreiteten industriellen Landwirtschaftsweise nicht als Natur zu bezeichnen. Unser Wald, der für die CO2-Bilanz und als Lebensraum eine wichtige Rolle spielt, wird in erster Linie als Holzlieferant gesehen. Für eine möglichst gewinnsteigernde Waldnutzung werden Baumarten angepflanzt, die schnell viel brauchbares Holz liefern. Monokultur-Forste und die Verfälschung des heimischen Baumartenspektrums gefährden das Gleichgewicht der Arten und ihre Vielfalt. Zunehmend werden Flächen versiegelt, die somit für eine natürliche Wasserversickerung nicht mehr zur Verfügung stehen. Flüsse werden tiefer ausgebaggert und kanalisiert statt sie in ihrem natürlichen Verlauf mit Überflutungsflächen und einem natürlichen Mündungsgebiet zu erhalten. Das Grundwasser wird durch zu viel Wasserentnahme abgesenkt.

Immer wieder werden die Interessen der Naturnutzer wie Forst- und Landwirtschaft und der Jägerschaft über die des Naturschutzes gestellt. Der Ausbau der FFH-Gebiete geht zu langsam und entspricht noch nicht den Vorgaben der EU.

Altlasten und Salzeinleitung in die Werra durch den Konzern „Kali und Salz“ sowie Pestizide wie Glyphosat und Düngereintrag aus Intensivlandwirtschaft vergiften Wasser, Boden und Luft und damit auch den Menschen.
Für große Gaskavernenprojekte in Ostfriesland wird hochkonzentrierte Salzsole in die Ems und die Nordsee verklappt; die Genehmigung der Gaspipelines und Kavernenlager erfolgt auf der Grundlage des Bergrechts, das Anwohner*innenrechte nahezu vollständig ignoriert.

Die Erdgas- und Erdölförderung in Niedersachsen hat jahrzehntelang keine Rücksicht auf Mensch und Natur genommen. Hochgiftige Schlammablagerungen, Giftstoffe im Trink- und Grundwasser und jahrlanges ungefiltertes Abfackeln von Erdgas bringen

nun 10-20 Jahre später erschreckende Ergebnisse: deutlich vermehrte spezifische Krebserkrankungen im Umfeld der Förderplätze. Die Industrie weist jegliche Verantwortung von sich und die Landesregierung handelt viel zu langsam.
Zusätzlich werden – gefördert mit öffentlichen Mitteln – von großen Erdgasfirmen bei der Erdgassuche und -förderung hochgiftige Chemikalien in den Untergrund verpresst (Fracking), was zusätzlich in mehreren Regionen bereits zu Grundwasserschäden geführt hat. Erdbebenschäden bei der konventionellen Erdgasförderung sowie beim Fracking bedeuten weitere Belastungen für die Bevölkerung. Auch wenn es bis Ende 2016 beim Fracking wegen der ungeklärten Rechtslage auf Bundesebene ein erzwungenes Moratorium gegeben hat, sitzt Wirtschaftsminister Lies (SPD) nun nach der Pro-Fracking-Entscheidung des Bundestages schon in den Stadtlöchern, um den Energiemultis Grünes Licht für neue Fracking-Aktivitäten zu geben.

Nicht nur in Stadtgebieten ist es zu laut, auch an Bahnstrecken und Flugschneisen außerhalb der Städte nimmt die gesundheitsgefährdende Lärmbelastung zu.

Das Bundesnaturschutzgesetz fordert in § 59 den freien Zugang zur Natur überall. Das wird immer mehr eingeschränkt – so in vielen Bereichen am Nordseestrand, weil Naturflächen zunehmend privatisiert werden.

DIE LINKE will unsere Natur in ihrer Vielfalt sowie Mensch und Umwelt vor Gefährdungen schützen und fordert deshalb:

- keine Abholzung von Alleen unter dem Vorwand der Unfallvermeidung.

- keine Versiegelung weiterer Flächen – stattdessen: Entsiegelung ungenutzter Flächen.

- Ausweitung von Grünflächen für die Erhöhung der Lebensqualität – Erhalt und Ausweitung innerstädtischer Grünbereiche.

- Förderung des Landes für die Einrichtung kommunaler Gemeinschaftsgärten.

- Ausgleichsflächen im Rahmen von Baumaßnahmen in räumlicher Nähe.

- Natur- und Landschaftsschutz-gebiete erhalten und ausweiten, Biotopverbünde stärken, Ausweitung der LÖWE-Schutzziele (Langfristige Ökologische Wald-Entwicklung) auch auf private Waldflächen.

- völlige Einstellung des Torfabbaus in Niedersachsen und Realisierung von Nationalparkgebieten auf Moorflächen – Sicherung weiterer Moorflächen im Programm Natura 2000.

- Erhalt und Neueinpflanzung von Saumbiotopen wie Hecken, Feldrainen, Gewässerrandstreifen von mind. 5 m Breite etc. zum Erhalt der Biodiversität (natürliche Vielfalt).

- Förderung der Rückkehr der Wölfe statt Abschuss und finanzieller Landeshilfen für präventive Schutzmaßnahmen, insbesondere für Schäfer*innen.

- Jagdausübung ausschließlich nach ökologischen Prinzipien, keine „Lust-

jagdveranstaltungen“ für Prominente.

■ keine Kontrolle der Jagd durch die traditionelle Landesjägerschaft; alternative Jagdverbände wie der Ökologische Jagdverband sind zu stärken.

■ keine Verwendung von Tropenholz in öffentlichen Einrichtungen.

■ die Einrichtung von Wildbrücken und Tunneln über Straßen, die Waldgebiete zerschneiden.

■ keine Weser-, Elbe- oder Emsvertiefung – auch wegen der dadurch zunehmenden Versalzung der Binnengewässer.

■ Niedersachsen soll die Initiative für ein gemeinsames norddeutsches Hafenkonzept ergreifen.

■ Wiederherstellung natürlicher Flussverläufe.

■ freier Zugang zur Natur überall, insbesondere an der gesamten niedersächsischen Nordseeküste.

■ Rückverlegung von Deichen zur Schaffung von Flächen, auf denen sich das Wasser ausdehnen kann.

■ Abstimmung mit Hessen und Thüringen mit dem Ziel des Verbots einer weiteren Versalzung von Werra und Weser.

■ Genehmigungsverfahren für Gaskavernen und -leitungen müssen unter das Umweltrecht mit verbindlicher Umweltverträglichkeit gestellt werden.

■ keinerlei ungefilterte Abfackelung mehr bei der Erdgasförderung – ein absolutes Verbot des so genannten Ablasens von Gas.

■ die ordnungsgemäße Entsorgung hochgiftiger Abfälle aus der Erdöl- und Erdgasförderung.

■ umfangreiche Landesstudien zur Ursachenermittlung der Krebshäufungen und anderer Krankheiten im Umfeld von Erdgas- und Erdölförderstätten.

■ die Verlagerung der Überwachung der Erdgas- und Erdölförderung aus dem industriefreundlichen Wirtschaftsministerium ins Umweltministerium zum Zweck der Sicherstellung der staatlichen Überwachung (wie z. B. in Schleswig-Holstein).

■ ein Totalverbot des Frackings.

■ die Verstärkung der Gefährdungsabschätzung und der Sanierung von gefährlichen Altlasten und die Schaffung eines Fonds zur landesweiten Altlastensanierung unter Heranziehung der Industrie.

■ Der zunehmende Müllberg durch Einwegbecher soll gestoppt werden. Jährlich werden mehrere Milliarden Coffee-to-go-Becher in Deutschland verbraucht. Wir wollen uns im Bundesrat dafür einsetzen, dass zukünftig Mehrwegbecher mit einem Pfandsystem genutzt werden. Übergangsweise sollen die Einwegbecher in Niedersachsen mit einer Umweltabgabe belastet werden.

■ ein landesweites Lärmschutzprogramm unter Einschluss eines Nachtflugverbotes für niedersächsische Flughäfen.

- die Verstärkung der personellen und finanziellen Landesressourcen, um effektiv die Bevölkerung vor schädlichen Einflüssen aus Industrie und Verkehr schützen zu können .

Die Vision der LINKEN ist, dass unsere Kinder und Kindeskinder viele verschiedene Lebensräume, Tier- und Pflanzenarten erleben können. Die Luft, die wir atmen, und das Wasser, das wir trinken, müssen frisch, sauber und gesund sein.

Stichwortverzeichnis

35-Stunden-Woche 13

A

Abschiebungen 46, 47, 48
Aids-Prävention 27
Alleinerziehende 7
Altenpflege 14, 15
Altersarmut 7, 11, 12, 20
Altlastensanierung 54, 66, 68
Antifaschismus 4, 49
Arbeit 7
Arbeitsplätze 10, 11, 19, 42, 53, 55
Arbeitszeit 12, 13
Arbeitszeitverkürzung 7
Armut 4, 7, 9, 10, 14, 21, 22, 27, 31, 42, 46, 47, 52
Asyl 4, 46, 47, 48
Atomausstieg 5, 58, 59
Atomkraft 55
Ausbildung 4, 11, 16, 34, 36, 47, 54
Auszubildende 11, 61
Autobahnen 62

B

Bahnhöfe 28
Barrierefreiheit 4, 17, 18, 19
Baulandsteuer 31
Beamtinnen und Beamte 15
Behindertenbeiräte 20
Berufsschulen 36
Bildung 4, 5, 7, 8, 22, 23, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 45, 48, 53, 54
Bildungsurlaub 33
Biogasanlagen 58, 64
Börsenumsatzsteuer 30
Bundeswehr 36, 38, 52, 53, 54
Bürgerbeteiligung 40
Bürgerentscheide 39, 40

C

Cannabis 16, 17
Christopher-Street-Day 27

D

Daseinsvorsorge 41, 42
Demokratie 4, 8, 37, 39, 40, 41, 43, 50, 51
Digitalisierung 11
direkte Demokratie 39
Dörfer 4, 27, 28
Drogen 15, 16, 30

E

Einbürgerung 45
Energieerzeugung 28, 41
Energieversorgung 7
Energiewende 5, 55, 56, 57, 58
Erwachsenenbildung 32, 33
Erwerbslosigkeit 7
Erzieher 33, 34
EU-Fördermittel 51
Europa 5, 50, 52, 59
Europäische Union 46, 50, 51, 52, 66
Exzellenzinitiative 38

F

Fahrradwege 28, 61
Familien 16, 17
Feiertag 25, 27, 50
Feuerwehr 22, 42
Fluglärm 67, 69
Förderschulen 19
Fracking 8, 67
Frauen 4, 7, 11, 12, 20, 25, 26, 48
Freiheit 10
Freizeit 19, 21, 34
Fremdenfeindlichkeit 8

Frieden 5, 7, 8, 9, 49, 52, 53, 54
Frühförderung 19

G

Ganztagsschule 34
Gassperren 18
Gebietsreformen 41
Geflüchtete 39, 47, 48, 49
Gemeindewirtschaftssteuer 30, 41
Gender Studies 26
Gentechnik 63
Gerechtigkeit 4, 5, 8, 25, 28, 41, 50, 51, 53, 60
Gerichte 28
Gesamtschule 34
Geschlechtergerechtigkeit 4, 25
Geschlechterquotierung 25, 26
Gesundheit 4, 13, 15, 23, 29, 54, 63
Gesundheitssystem 14
Gewerbesteuer 30, 41
Gleichstellungsgesetz 26
Grundrecht 7
Grundsicherung 20
Grundstücksspekulation 18
Güterverkehr 61

H

Häfen 53, 60, 63
Härtefallkommission 48
Hartz IV 10, 21, 22
Hebammen 15
Hochschule 27, 36, 37, 38, 39
Hochschulzugang 38

I

Inklusion 8, 18, 19, 24, 34, 35
Internet 39, 43

J

Jagd 68
Jugend 21, 22, 23
Jugendsozialarbeit 22
Justiz 29
Justizvollzugsanstalten 20

K

Kinder 7, 21
Kinderarmut 10
Kindertagesstätten 4, 32, 33, 34
Kirche 22
Kirchenstaatsverträge 31
Klimaschutz 57, 58
kommunaler Finanzausgleich 41
Kommunen 10, 12, 13, 18, 22, 26, 28, 30, 31, 40, 41, 42, 48, 51, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 61
Körperschaftsteuern 30
Krankenhäuser 7, 14
Krankenversorgung, ambulante 7
Krankenversorgung, stationäre 7
Kriegswaffen 7
Kriminalität 28, 44
Krippen 33, 34
Kultur 4, 5, 7, 21, 22, 23, 28, 45, 54
Kunst 7, 21, 54

L

Land 7
Ländlicher Raum 4, 14, 15, 27, 28
Landwirtschaft 5, 27, 63, 64, 66
Langzeitstudiengebühren 32, 38
LBGTQI 26, 27
Lebensmittel 64, 65
Lehrer*innen 19, 35
Lehrer*innenarbeitszeit 35
Lehrer*innenausbildung 19, 34
Lehrmittelfreiheit 35
Leiharbeit 10, 11, 13
Lohn 7
Lohnuntergrenze 12

M

Managergehälter 12

Massentierhaltung 63, 64
Mieten 7, 17, 20
Migration 45, 46
Mindestlohn 11, 12, 20, 29, 34, 37
Mitbestimmung 7
Mobilität 7
Museen 10, 21, 23, 41

N

Nachhaltigkeit 51, 65
Nahverkehr 7, 10, 28, 60, 61, 62
Nahversorgung 28
NATO 52, 53

O

Obdachlosigkeit 22
Öffentlicher Beschäftigungssektor 11
Öffentlicher Dienst 11, 12, 20, 21, 27, 46
Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) 42
Open Data 43
Open Source 38
Open-Source 44

P

Personalräte 37
Pflege 4, 7, 13, 14, 15, 26
Polizei 28, 44, 45, 53
Privatisierungen 8, 14, 21

Q

Queer Studies 27

R

Rassismus 24, 45
Regelschulen 19
Regierungsbeteiligung 8
Reichtum 7
Religion 35
Rente 7, 8, 20, 21
Richter*innen 29
Rundfunk 43
Rüstungsexporte 50, 53
Rüstungsindustrie 20, 52
Rüstungskonversion 5, 53

S

Schienenverkehr 60, 62
Schuldenbremse 31
Schule 4, 19, 22, 34, 36, 46
Schüler*innentransport 35
Schulsozialarbeiter*innen 35
Schwarzarbeit 12
Schwimmunterricht 33
Selbsthilfegruppen 20
Solidarität 7
Sonntagsarbeit 12
Soziales 10
soziale Sicherheit 10
Sozialhilfe 20
Sozialtarif 7
Sparkassen 27, 42
Sport 4, 7, 21, 23, 24, 27
Sportförderung 24
Stadt 7
Steuern 30, 31, 39
Stichwahl 40
Strafvollzug 28, 29, 30
Straßenausbaubeitragssatzung 31
Straßenverkehr 17
Strom 7
Stromabschaltungen 56
Stromsperren 18

T

Teilzeit 11, 12
Theater 21, 23
Truppenübungsplätze 52, 54

U

Überwachung 12, 44, 68

Umwelt 7, 14, 53, 56, 58, 66, 67
Unterbringung von Geflüchteten 48

V

Verbraucherschutz 56, 64, 65
Verfassungsschutz 44, 45, 50
Verkehr 5, 66, 69
Vermögensteuer 8
Volksabstimmungen 39
VW-Gesetz 13

W

Waffenbesitzsteuer 31
Waffenexporte 52
Waffenrecht 52
Wahlrecht 39, 40, 46
Weiterbildung 32, 33, 65
Windenergie 56, 57, 58
Windkraftanlagen 40, 58
Wirtschaftsförderung 12, 28
Wissenschaft 5, 13, 37, 53, 54
Wohnen 4, 17, 19
Wohnungsbau 7, 17, 18
Wölfe 67

Z

Zwangsumzüge 11

Impressum

DIE LINKE Niedersachsen
Goseriede 8
30159 Hannover
Telefon: 0511/9245910
landesbuero@dielinke-nds.de
www.dielinke-niedersachsen.de
V.i.S.d.P. Dr. Michael Braedt,
Landesgeschäftsführer

www.dielinke-niedersachsen.de